LESER AM WORT Wie Bildung gelingen kann. Seite 9
UNGERECHT Nur durch Arbeit wird niemand mehr reich. Seite 5
WIEDEREINSTIEG **Mütter früher zurück im Job. Seite 6**
ABZOCKE Internet-Dating ohne Leistung. Seite 11

Oktober 2017
Nr. 8/2017, XXXI. Jahrgang
Zugestellt durch Post.at

AKtion
Die Vorarlberger Monatszeitung für Arbeit und Konsumentenschutz

Solidarität steht auf dem Spiel

FPÖ und neos gegen Pflichtmitgliedschaft und Kammerumlage – SPÖ, ÖVP, Grüne und Liste Pilz dafür

RICHTUNGSWAHL. Am 15. Oktober geht ein teilweise schmutziger Wahlkampf zu Ende. „Höchste Zeit, dass sich die politischen Kräfte Österreichs dann wieder auf die Probleme konzentrieren, die es zu lösen gilt", betont AK-Präsident Hubert Hämmerle. Für die arbeitende Bevölkerung steht viel auf dem Spiel. Werden wir am 16. Oktober in einer kalten, neoliberalen Welt erwachen, in der nur mehr der Markt das Sagen hat? Der Bregenzer Historiker Meinrad Pichler empfände das als Katastrophe und wirft in dieser Ausgabe einen aufschlussreichen Blick in die Vergangenheit. Oder bleibt die Solidarität ein Grundmuster, wie es Österreich seit dem Zweiten Weltkrieg geprägt hat? Dann können auch die Kammern wieder ohne gehässige Zwischenrufe für ihre Mitglieder da sein. Die Entscheidung liegt bei jenen 6,4 Millionen Menschen, die aufgerufen sind, von ihrem demokratischen Recht Gebrauch zu machen.

Die AK bietet in dieser Ausgabe der AKtion wichtige Entscheidungshilfen: Wir haben SPÖ, ÖVP, FPÖ, Grüne, neos und Liste Pilz um Antworten gebeten. Was bedeuten ihnen Begriffe wie Arbeitnehmerrechte, Steuergerechtigkeit, Sozialpartnerschaft? SPÖ, Volkspartei, Grüne und Liste Pilz bekannten sich dabei klar zur AK. Nur den neos und der FPÖ sind wir ganz offensichtlich ein Dorn im Auge. ▶ Seiten 3/4/5

Fotos: Herbert Neubauer / APA / picturedesk.com

Am 15. Oktober wählt Österreich jene 183 Abgeordnete, die in den kommenden fünf Jahren gemeinsam als Nationalrat zusammen mit dem Bundesrat durch Gesetze das Land verändern können.

Vorarlbergs Pendler ganz schön auf Achse

Von rund 168.000 unselbständig Erwerbstätigen müssen über 70 Prozent täglich zwischen Wohnort und Arbeitsplatz pendeln – Mobilität hat sich in 43 Jahren fast verdoppelt – Jeder Zehnte über 30 km unterwegs

WEGE. Während in ganz Österreich die Zahl der berufsbedingten Pendler leicht abnimmt, steht Vorarlberg gegen den Trend: Rund 168.000 unselbständig Erwerbstätige zählt das Land. 70 Prozent müssen pendeln, um ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Ihre Zahl ist seit den 1970er-Jahren enorm gestiegen. Die AKtion hat sich die Pendlerströme genauer angesehen.

Die AK Vorarlberg hat die Mobilität schon 1974 und 1995 untersucht. Damals lag sie noch bei 37,8 bzw. 50,7 Prozent. Fallen die Distanzen bei der Vorarlberger Landesgröße denn überhaupt ins Gewicht? Immerhin: Für 63 Prozent der Arbeitnehmer, die außerhalb ihres Wohnortes arbeiten, liegt der Arbeitsplatz bis zu 15 Kilometer entfernt. Weitere 26 Prozent legen für die Fahrt zum Arbeitsplatz zwischen 15 und 30 Kilometer zurück. Für zehn Prozent beträgt die Distanz mehr als 30 Kilometer. Eine Mobilitätserhebung des VCÖ (Verkehrsclub Österreich) aus dem Jahr 2012 ergab übrigens, dass rund 55 Prozent der Arbeitswege mit dem eigenen PKW zurückgelegt werden. Da wäre noch Luft nach oben. ▶ Seite 14

Erst nach Tod des Gatten Recht erhalten

Manche Menschen brauchen einen langen Atem. Und gute Helfer: Eine 76-jährige Oberländer Pensionistin hatte beides. Sie hat ihren Mann liebevoll gepflegt. Als er starb, war ihr Kampf um eine Erhöhung der Pflegestufe noch nicht zu Ende. Aber die AK konnte ihr nun doch noch zu ihrem Recht verhelfen. Die Witwe erhält nachträglich Pflegegeld. ▶ Seite 6

Zeitwort

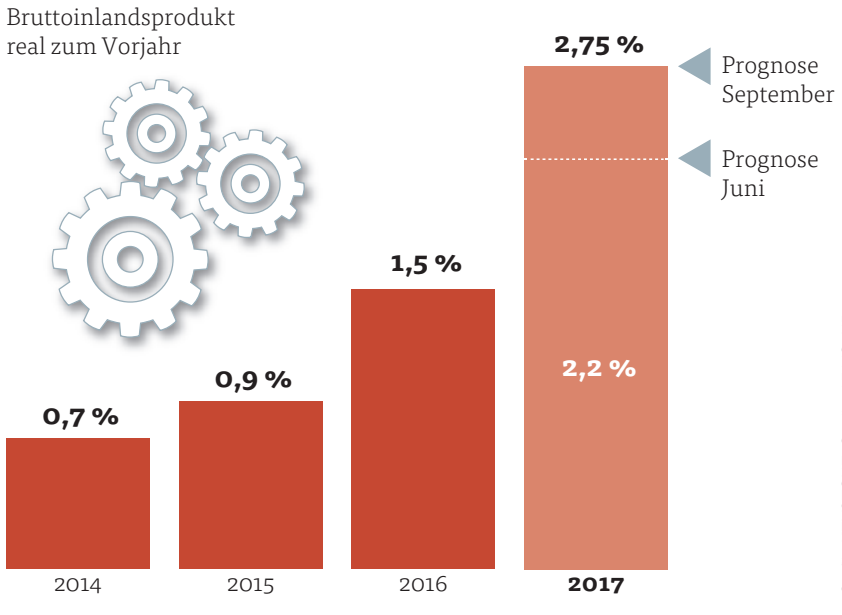
Die Frage ist: Was ist gerecht?

Von „Holen Sie sich, was Ihnen zusteht" über „Wer arbeitet und Leistung erbringt, darf nicht der Dumme sein" bis hin zu „Österreicher verdienen Fairness" schreit es noch eine Woche lang von den Plakatwänden. Dann geht dieser Gerechtigkeitswahlkampf zu Ende. Wenn dieser Wahlkampf, der zuletzt ein besonders abstoßendes Gesicht zur Schau trug, nicht viele endgültig verprellt hat, dürfte die Wahlbeteiligung hoch ausfallen. Es kann einem fast bange werden angesichts der vielen Erwartungen, die den Wahlurnen anvertraut werden.

Immerhin finden zwei Drittel der Österreicher, dass es hierzulande ungerecht zugeht. Aber was wäre gerecht? Wenn es möglichst allen gut geht? Oder mir jedenfalls besser als dem Nachbarn? Soll ein Staat sich um die Schwachen sorgen? Oder geht es um „wir da unten" gegen „die da oben"? Was ist wirklich gerecht? ***tm***

Nationalbank: Wirtschaft wächst kräftig

Bruttoinlandsprodukt
real zum Vorjahr



Grafik: KEYSTONE, Quelle: APA/OeNB

Ihr Kontakt zur AK Vorarlberg

Telefon zum Ortstarif 050/258

Betriebsreferat – 1500
Info Arbeitsrecht – 2000
Insolvenzrecht – 2100
Sozialrecht – 2200
Lehrling/Jugend – 2300
Arbeitsrecht Feldkirch – 2500
Familie/Frau – 2600
Konsumentenschutz – 3000
Steuerrecht – 3100
AK Bregenz – 5000
AK Dornbirn – 6000
AK Bludenz – 7000

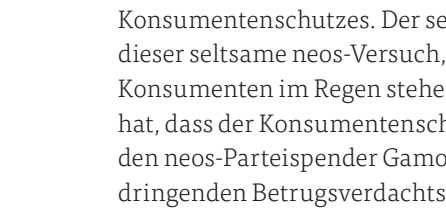
www.ak-vorarlberg.at
/akvorarlberg
/user/AKVorarlberg

Leitartikel von AK-Direktor Rainer Keckeis

Offenbarungseid von neos

Die Partei neos ist eigentlich als liberale, wirtschaftsnahe, aber konstruktive politische Kraft vor rund fünf Jahren gegründet worden. Nachdem sie es bei der letzten Nationalratswahl dank der massiven Unterstützung des Industriellen Haselsteiner und des ehemaligen Liberalen Forums ganz knapp in den Nationalrat geschafft hat, ist von den ehemals hohen Ansprüchen nur noch wenig zu spüren. Heute sind die neos klassische, rechtsgerichtete Lobbyisten im Parlament, die brav den Interessen ihrer Parteifinanziers folgend nur noch eines im Sinne haben: Klassenkampf gegen die Arbeitnehmer und Konsumenten. Dafür ist ihnen auch nichts zu dumm. So forderte ihr Vorarlberger Abgeordneter Loacker tatsächlich die Abschaffung des Konsumentenschutzes. Der sei nämlich eine „Sauerei". Dass dieser seltsame neos-Versuch, Abzocker zu schützen und die Konsumenten im Regen stehen zu lassen, etwas damit zu tun hat, dass der Konsumentenschutz der AK Vorarlberg gegen den neos-Parteispender Gamon aus Nenzing wegen des ganz dringenden Betrugsverdachts in Millionenhöhe Anzeige bei der Staatsanwaltschaft erstattet hat, will ich nicht behaupten. Aber auffallend ist der Zusammenhang schon. Zumal die Saubermänner von neos auch keine Anstalten machen, zumindest diese Parteispenden zurückzahlen. Dafür marschieren sie weiter auf ihrem Trip, alles schlechtzumachen, was den Arbeitnehmern hilft. So beispielsweise ist das Pensionssystem Schrott, soll das Wasser privatisiert werden, sollen die Bundesländer und die Kammern abgeschafft und die Sozialversicherung zentralisiert und unter staatliches Kuratel gestellt werden. Das hat es in der Geschichte Österreichs schon einmal gegeben, und das hat uns bekanntlich nicht gutgetan.

Klassenkampf von oben zum Schaden der Arbeitnehmer



▶ **E-Mail:** direktion@ak-vorarlberg.at

Gastkommentar von Werner Dreier

Bildung entlarvt „starken Mann"

Vier von zehn ÖsterreicherInnen wünschen sich einen „starken Mann". Zwei von zehn meinen, dieser „starke Führer" solle sich nicht um Parlament und Wahlen kümmern. Und ein Drittel sieht sowohl Gutes wie auch Schlechtes im Nationalsozialismus. Viele haben den Eindruck, Demokratie funktioniere nicht richtig, oder empfinden Gefühle der Unsicherheit und Ohnmacht. Nur acht von zehn der für die SORA-Studie „NS-Geschichtsbewusstsein und autoritäre Einstellungen in Österreich" vom April 2017 Befragten stehen hinter der Demokratie. Die Studie zeigt einen klaren Zusammenhang zwischen formaler Bildung und Wertschätzung der Demokratie sowie Ablehnung des Nationalsozialismus. Das ist eine Ermunterung für alle Lehrerinnen und Lehrer: Ihr Tun ergibt Sinn und Bildung ist wichtig. Es sollte auch ein Weckruf für die politisch Verantwortlichen sein. Die Autoren der Studie fordern als Konsequenz die Stärkung der politischen Bildung und der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus in den Schulen. Die Bemühungen dürfen sich aber nicht auf die höheren Schulen beschränken – denn vier von zehn Jugendlichen in Österreich besuchen entweder Berufsschulen oder beenden den Schulbesuch nach der Pflichtschule. Wichtig wäre, bei den Berufsschulen anzusetzen. In den Berufsschulen gibt es neben der berufsorientierten Ausbildung nur wenig Zeit für Bildung: insgesamt 80 Stunden politische Bildung, wo von den Lehrlingsrechten bis zum Aufbau der staatlichen Ordnung alles Platz haben sollte. Dort braucht es eine Bildungsinitiative – Zeit und Geld wären gut eingesetzt.

Zeit und Geld wären gut eingesetzt.

▶ **E-Mail:** werner.dreier@erinnern.at

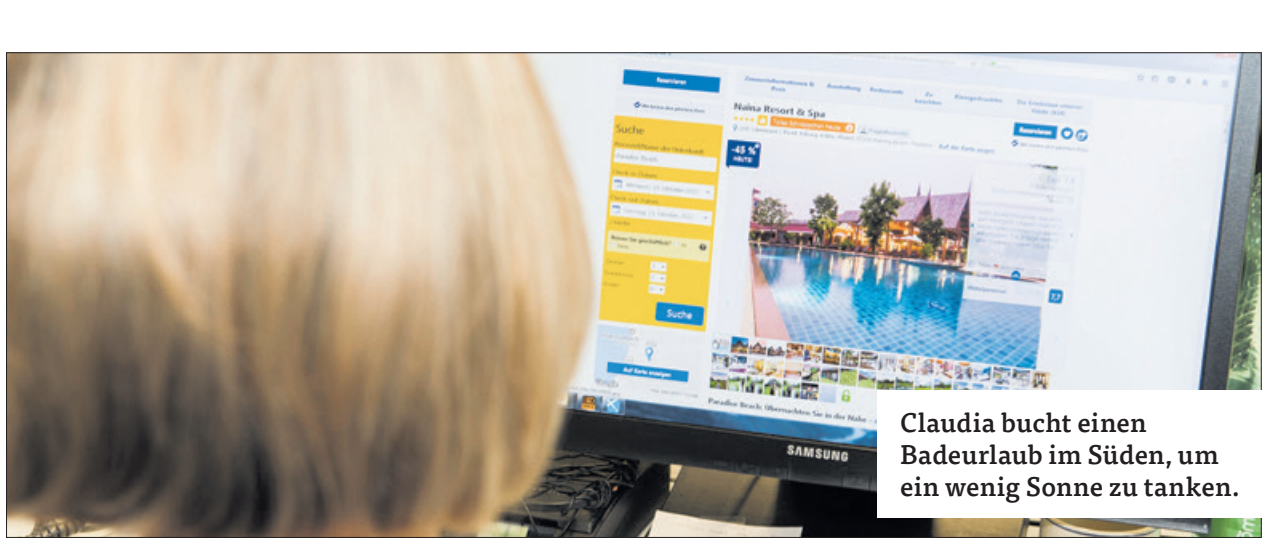
Werner Dreier ist Historiker und Geschäftsführer des Vereins „erinnern.at"

Schaden darf nicht abgezogen werden

Dürfen Unfallschäden vom Gehalt abgezogen werden? Ingrid Grasbon (Bludenz) sagt: „Nein, das Unternehmen kann den Schaden über die Versicherung abdecken." Martin Fend (Feldkirch) meint: „Betrieb muss Selbstbehalt übernehmen." Richtig ist: „Nur wenn Ursula vorsätzlich oder gar fahrlässig gehandelt hat."

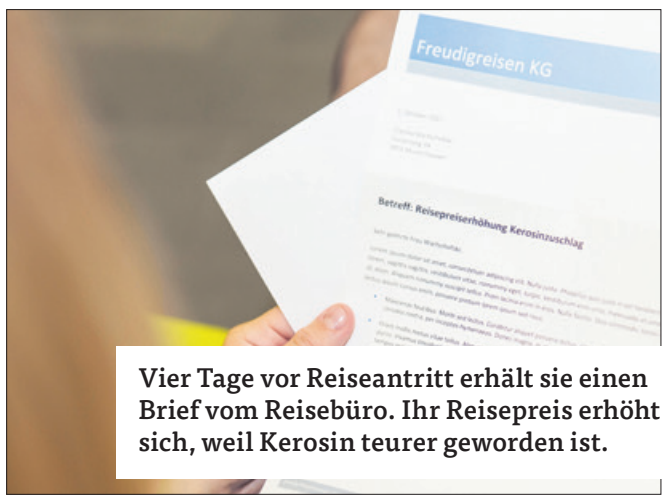
Ihre Meinung ist gefragt

Wie würden Sie entscheiden?



Claudia bucht einen Badeurlaub im Süden, um ein wenig Sonne zu tanken.

Eine Woche vor dem Abflug packt sie schon voller Vorfreude.



Vier Tage vor Reiseantritt erhält sie einen Brief vom Reisebüro. Ihr Reisepreis erhöht sich, weil Kerosin teurer geworden ist.

Claudia nimmt Kontakt zur Konsumentenberatung der AK Vorarlberg auf und erkundigt sich, wie sie sich verhalten soll.

Fotos: Jürgen Gorbach / AK

RECHTSSTREIT. Die AKtion bittet die Leser um ihre Meinung. Ihr Rechtsempfinden ist gefragt! Aus unserer Beratung im Arbeits-, Sozial- und Konsumentenrecht schildern wir reale, anonymisierte Fälle. Schlüpfen Sie für einen Augenblick in die Rolle des AK-Experten. Wie würden Sie entscheiden? Die Auflösung finden Sie in der nächsten Ausgabe.

FRAGE: Dürfen Claudia höhere Kosten wegen des Kerosins verrechnet werden?

● Ja, weil ... ● Nein, weil ...

Schreiben Sie an AK Vorarlberg, Leserforum, Widnau 2–4, 6800 Feldkirch, per E-Mail an leserbrief@ak-vorarlberg.at oder auf /akvorarlberg

Impressum

AKtion Die Vorarlberger Monatszeitung für Arbeit und Konsumentenschutz ▸ Herausgeber, Medieninhaber und Sitz der Redaktion: AK Vorarlberg, Widnau 2–4, 6800 Feldkirch, E-Mail: presse@ak-vorarlberg.at ▸ Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz: siehe www.ak-vorarlberg.at/impressum.htm ▸ Redaktion: Dietmar Brunner, Jürgen Gorbach, Thomas Matt, Arno Miller ▸ Infografik: Gerhard Riezler ▸ Druck: Russmedia Verlag GmbH, Schwarzach

Aus Gründen der Lesbarkeit wird in der AKtion überwiegend die männliche Form verwendet. Selbstverständlich sind Frauen und Männer gleichermaßen angesprochen.

NATIONALRATSWAHL 2017 Die Arbeiterkammer wollte von den Parteien Antworten auf Fragen der Arbeitnehmer

Die Parteien auf dem Prüfstand

Wie halten es die Parteien mit Arbeitnehmerrechten, Steuergerechtigkeit, Sozialpartnerschaft? Wir baten um ein schlichtes Ja oder Nein bei den Antworten, die Wählern helfen sollen, ihre Entscheidung am 15. Oktober zu treffen.

	Sind Sie für eine Besteuerung von Millionenvermögen, um damit den Sozialstaat zu sichern und auszubauen?	*Sind Sie für eine Angleichung der Rechte von Arbeitern und Angestellten auf hohem Niveau?*	*Sind Sie für eine Verbesserung des Schutzes der Arbeitnehmer vor Lohn- und Sozialdumping?*	*Sind Sie für eine wirksamere Begrenzung der Mieten als eine Maßnahme gegen das starke Steigen der Wohnkosten?*	*Sind Sie dafür, dass der Staat seine Anteile an Infrastrukturunternehmen wie ÖBB und OMV behält?*	*Sind Sie für die Pflichtmitgliedschaft in allen Kammern als Voraussetzung für die Sozialpartnerschaft?*	*Sind Sie für die Beibehaltung der AK-Umlage in der gegenwärtigen Höhe, damit die Leistungen der AK gesichert sind?*
SPÖ	JA Die SPÖ will eine faire Steuer auf Erbschaften und Schenkungen von mehr als einer Mio. Euro. Das brächte 500 Mio. Euro im Jahr, die zur Finanzierung der Pflege verwendet werden sollen. Nur was über die erste Mio. hinausgeht, wird besteuert. Das trifft die reichsten zwei bis drei Prozent.	JA Das ist eine langjährige Forderung der SPÖ, die wir noch vor der Wahl umsetzen wollen. So sollen etwa Kündigungsfristen oder die Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall an das Angestelltenrecht angeglichen werden.	JA EU-weit muss es für gleiche Arbeit am gleichen Ort den gleichen Lohn geben, denn Billigarbeit schadet heimischen KMU und ArbeitnehmerInnen. Negative Entwicklungen durch zu starke Arbeitskräftemigration müssen hintangehalten werden, etwa über eine Arbeitsmarktprüfung.	JA Wir wollen ein bundesweit einheitliches Mietrecht und ein System mit Mietzinsobergrenzen mit klaren, transparenten Regelungen für Zu- und Abschläge. Zusätzlich wollen wir einen Kautionsfonds einrichten und Makler- und Vertragsgebühren für MieterInnen abschaffen.	JA Die SPÖ will öffentliche Investitionen weiter stärken und staatliche Beteiligungen an strategisch wichtigen Betrieben nicht nur halten, sondern ausbauen, etwa mit der Gründung eines „Österreichischen Fonds für strategische Investitionen“.	JA Gerade die Arbeiterkammer steht im Vertrauensindex der ÖsterreicherInnen ganz weit oben und tritt sehr erfolgreich für die Interessen der ArbeitnehmerInnen ein. Unsere Form der starken Sozialpartnerschaft stärkt den Standort und den sozialen Frieden in Österreich.	JA Die AK erkämpft für ihre Mitglieder im Arbeits- und Sozialrecht jährlich Millionenbeträge. Die AK-Umlage ist ein wichtiger Beitrag, damit dieser Einsatz auch weiterhin möglich ist.
Die neue Volkspartei	NEIN Es ist aufgrund der hohen steuerlichen Belastung heute kaum möglich, sich durch eigene Arbeit etwas aufzubauen. Bevor wir daher über die Einführung neuer Steuern reden, sollten wir Steuern spürbar senken. Wer sich Eigentum aufgebaut hat, soll auch frei darüber verfügen können.	JA Durch die Schaffung eines modernen, einheitlichen ArbeitnehmerInnenbegriffs wollen wir gesetzliche und kollektivvertragliche Unterschiede beseitigen – mit Übergangsphasen und in Abstimmung mit Sozialpartnern. Das bedeutet mehr Gerechtigkeit und weniger Bürokratie für Unternehmen und Staat.	JA Unser Ziel ist es, Lohn- und Sozialdumping wirksam zu bekämpfen und einen fairen Wettbewerb für die heimischen Unternehmen zu sichern. Mit dem Lohn- und Sozialdumping-Bekämpfungsgesetz soll Missständen daher künftig noch wirksamer entgegengewirkt werden.	NEIN Der Hauptgrund für die hohen Wohnkosten in Österreich ist, dass die Nachfrage das Angebot übersteigt. Die Einführung einer Mietpreisobergrenze würde diese Situation noch zusätzlich verschärfen, da die Anreize für die Schaffung von neuem Wohnraum verloren gingen.	JA Im Sinne der Steuerzahler und der Wettbewerbsfähigkeit ist es aber wichtig, dass die Wirtschaftlichkeit von Unternehmen, an denen der Staat Anteile hält, gesichert ist. Bei Unternehmen wie den ÖBB ist dies auch über einen Abbau bestehender Pensionsprivilegien zu erreichen.	JA Es braucht in der Praxis eine klare Trennung der Aufgaben zwischen Sozialpartnern und Regierung. Insbesondere im Bereich der dualen Ausbildung, der Lohn- und Gehaltsverhandlungen sowie für den gesamtgesellschaftlichen Ausgleich hat die Sozialpartnerschaft hohe Verdienste erworben.	JA Klar ist aber, dass Sozialpartner serviceorientierter werden und sparsamer mit ihren Beiträgen umgehen müssen. Mitgliedsbeiträge sind legitim, wenn damit gut umgegangen wird und die Mitglieder mit dem Service ihrer Kammer zufrieden sind.
FPÖ	– Wir bekennen uns zum Aufbau von Eigentum und Vermögen und sind daher strikt gegen die Einführung von Erbschafts-, Schenkungs- und Vermögenssteuern. Wir sind grundsätzlich gegen die Einführung neuer, zusätzlicher Steuern.	JA Hier muss es eine völlige arbeits- und sozialrechtliche Angleichung geben.	JA Lohn- und Sozialdumping gehört streng bestraft und die beteiligten Firmen sollen ihr Gewerbe dauerhaft verlieren.	JA Mietzinsobergrenze bei älteren Wohnungen, nicht jedoch bei aufwändig sanierten Objekten oder solchen, die unter 25 Jahre alt sind und sich in einem zeitgemäßen baulichen Zustand befinden.	JA Eine intakte und voll funktionsfähige Infrastruktur mit Betrieben wie den ÖBB gehört zu den Kernaufgaben eines Staates. Privatisierungen in diesem Bereich lehnen wir ab. Diese Unternehmen sind für jeden Bürger – als Dienstgeber und Leistungserbringer – von großer Bedeutung.	NEIN Wir sind für ein Ende des Kammerzwangs und damit gegen Pflichtmitgliedschaften. Denn eine wirksame Interessenvertretung muss auch ohne Pflichtmitgliedschaft möglich sein.	NEIN Wir sind für eine Senkung der AK-Umlage und für eine Konzentration der AK auf ihre Kernaufgaben.
DIE GRÜNEN GRUENE.AT	JA Dringend. Vermögen ist bei einigen Wenigen konzentriert und Steuern darauf sind extrem niedrig – im OECD-Schnitt sind sie dreimal so hoch. Österreich braucht eine Steuerstrukturreform: Die Steuern auf Arbeit sollen gesenkt werden und Superreiche faire Beiträge zahlen.	JA Diese Unterscheidung hat keine Berechtigung. Es ist wichtig, dass alle ArbeitnehmerInnen den gleichen Schutz haben, und dass dieser Schutz vergrößert und ausgebaut wird.	JA Die Grünen treten für ▪ ein Verbandsklagrecht ▪ die Ungültigkeit verkürzter Verfallsfristen bei Lohnansprüchen und ▪ Sozialversicherungsbeiträge nach österreichischem Ausmaß bei Entsendungen ein. Selbstverständlich sind wir auch für weitere Vorschläge offen.	JA Die Grünen schlagen klare und transparente Obergrenzen für Mieten vor. Außerdem sollen Befristungen deutlich erschwert, Maklerkosten für MieterInnen reduziert und der soziale Wohnbau verstärkt werden.	JA Basisinfrastruktur ist eine entscheidende Voraussetzung für das Funktionieren von Gesellschaft und Staat. Es muss sichergestellt sein, dass alle Menschen einen diskriminierungsfreien Zugang zu diesen Leistungen haben. In diesem Sinn halten die Grünen mehr staatliches Engagement für sinnvoll.	JA Die Arbeiterkammern sind hervorragende DienstleisterInnen für ihre Mitglieder. Sie abzuschaffen oder zu schwächen würde allen ArbeitnehmerInnen schaden. Dafür sind wir Grüne nicht zu haben.	JA Die Arbeiterkammern erkämpfen Jahr für Jahr mit Rechtsverfahren mehr Geld für ihre Mitglieder, als die AK-Umlage einbringt. Die AK-Umlage in der jetzigen Höhe ist gut angelegtes Geld.
neos	– Wir neos sind grundsätzlich gegen neue Steuern, solange die Steuer- und Abgabenquote in Österreich zu den höchsten in Europa zählt. Dringlichstes Ziel muss es sein, diese hohe Abgabenlast zu senken.	JA Nicht nur bei Entlassungsgründen, auch bei Kündigungsfristen und Entgeltfortzahlungen im Krankheitsfall herrscht eine Ungleichbehandlung – das ist diskriminierend und überholt.	– Die Bekämpfung von Lohn- und Sozialdumping ist natürlich notwendig, die Regierung schreckt jedoch mit dem Gesetzespaket auch korrekt handelnde ausländische Unternehmen ab. neos befürchten eine Abschottung des österreichischen Markts und europäischen Wettbewerb durch überbordende Bürokratie.	– Ziel muss es sein, Wohnen wieder leistbar zu machen. Das wird durch eine Mietzinsobergrenze aber nicht gelingen. Wir sind davon überzeugt, dass es vor allem ein höheres Angebot braucht, damit die Mietpreise wieder sinken.	– Die erdfeste Infrastruktur, insbesondere Hochspannungs-, Schienen- und Straßennetze, sowie Wasser-, Kanalleitungen usw., soll grundsätzlich in der Verantwortung der öffentlichen Hand verbleiben, wobei Transparenz bei Investitionen und Abgabenverrechnung gewährleistet sein muss.	NEIN Wir wollen die Kammern in bedarfsorientierte und schlanke Interessenvertretungen umwandeln, die als qualitativ hochwertige Serviceeinrichtung Mitglieder anziehen (wie das ja auch bei der Gewerkschaft der Fall ist). Wir neos sind davon überzeugt: Echte Interessenvertretungen brauchen keine Zwangsmitgliedschaft.	NEIN Wir sind davon überzeugt, dass die Kernleistungen der Arbeiterkammer, nämlich die arbeitsrechtliche Vertretung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, auch durch eine Halbierung der AK-Umlage erbracht werden kann.
JA! ES GEHT! listepilz.at	JA Wir treten für die Wiedereinführung einer progressiv ausgestalteten Erbschafts- und Schenkungssteuer mit einem Freibetrag von 500.000 Euro ein. Damit wird erreicht, dass nur die reichsten 10 Prozent der privaten Haushalte davon betroffen sind. Im Gegenzug sollen niedrige Einkommen über SV-Beiträge entlastet werden.	JA Wir sind für diese überfällige Angleichung unter der Bedingung, dass es zu keinen Verschlechterungen kommt.	JA Wir fordern auf EU-Ebene Maßnahmen gegen Lohn- und Sozialdumping, die Stärkung der Rechte von ArbeitnehmerInnen und europaweite soziale Mindeststandards.	JA Das Mietrecht ist dahingehend zu reformieren, dass es zu klaren und durchsetzbaren Obergrenzen von Mieten kommt.	JA Wir sprechen uns gegen (weitere) Privatisierungen von Infrastrukturunternehmen aus, da sie ein wichtiges Steuerungsinstrument staatlicher Politik sind. Am Beispiel der Bahnen zeigt sich, dass mit der Privatisierung die gewünschten Ziele nicht erreicht wurden.	JA Wir sind für die Pflichtmitgliedschaft und bekennen uns zur Sozialpartnerschaft. Wir erwarten uns aber, dass die Sozialpartnerschaft der Verteilungsgerechtigkeit und dem Klimaschutz mehr Gewicht beimisst als in der Vergangenheit.	JA Wir sind für deren Beibehaltung, weil die AK mit diesen Beiträgen in den vergangenen Jahren wertvolle Leistungen für ihre Mitglieder erbracht hat. Wir erwarten jedoch, dass sich die AK mit mehr Nachdruck als bisher für steuerliche Gerechtigkeit einsetzt.

Ohne AK gi drei Million Verlierer

Denn ohne AK gibt es …
- **keinen** Rechtsschutz und keine Hilfe bei allen Fragen des Arbeits- und Sozialrechts
- **keine** kostenlose Rechtsberatung und keine Hilfe vor Gericht
- **keine** Unterstützung bei allen Fragen rund um Lehrlinge und Jugend, Pflege und Pensionen oder Kranken- und Arbeitslosengeld
- **keine** Beratung und keine Hilfe bei allen Konsumentenschutzfragen
- **keine** Beratung und keine Hilfe beim Wohn- und Mietrecht sowie in Steuer- und Wirtschaftsfragen
- **keine** Hilfe bei Problemen mit den Betriebskostenabrechnungen oder bei der Arbeitnehmerveranlagung
- **keine** Berat tionen bei Ins
- **keine** Berat dung sowie ke beihilfen
- **keine** stark tretung, die ge on, Lohn- und Ausweitung d
- **keine** Hilfe Beschäftigte u Rahmen des U
- **keine** Ausb Beratungen fü
- **keine** Hilfe hörige
- **kein** „Wisse
- **keine** koste fekurse wie z. des BFI der AE

„Der Markt ist der Altar des Egoismus“, sagt der Bregenzer Historiker Meinrad Pichler: „Der Markt regelt gar nichts für die Menschen.“ Deshalb ist ihm die Arbeiterkammer auch so ein Anliegen.

ZEITENWENDE? „Es geht nur mehr darum, dem Markt zuliebe alle Dinge abzuschaffen, die in dieser Gesellschaft noch solidarisch sind.“ Wenn der Bregenzer Historiker Meinrad Pichler sich den Feldzug von neos und FPÖ gegen die Kammern anschaut, kann er nur den Kopf schütteln. Gerade, weil er die geschichtlichen Grundlagen kennt.

November 1918. Die Donaumonarchie zerbricht. Die Zeichen stehen auf Sturm. In Deutschland peitschen Schüsse durch die Straßen. Auch, was von Österreich übrig ist, steht am Rand einer Revolution. In diesen brisanten Tagen gelingt es, in der neuen Verfassung einer Republik auch Arbeiterkammern zu verankern. Sozialdemokraten geben den Anstoß, Handelskammern gibt es ja längst. Der Feldkircher Fabrikant Carl Ganahl hat schon in den 1850er-Jahren dafür gesorgt, dass das gerade entstehende Land Vorarlberg eine Unternehmervertretung bekommt. Und nun eine Arbeitnehmervertretung auf Augenhöhe? „Wenn nicht ein paar christlich-soziale Politiker erkannt hätten, wie wichtig Kompromisse sind, wäre das nie gegangen.“ Vor allem der Andelsbucher Bauer Jodok Fink ist so ein Pragmatiker. „Er konnte zuhören.“ Pichler nennt ihn den „Vater der Arbeiterkammern“.

Gleich Pflichtmitgliedschaft

„Die Verantwortlichen haben schon damals gewusst, dass es nur mit einer Pflichtmitgliedschaft klappen kann“, betont Pichler. „Die AK muss aus sich selbst heraus dotiert werden, um sich selber organisieren zu können.“ Nur so kann sie dem Staat gegenüber als ein unabhängiges Sprachrohr der arbeitenden Menschen auftreten. So weit die Idee. Laut Pichler „können wir die Weitsicht der damals handelnden Politiker gar nicht hoch genug einschätzen“.

Freilich waren Arbeitnehmervertreter anfangs keineswegs wohl gelitten. In einem Land, in dem in den 1860er-Jahren Lehrlinge aus armen Familien noch öffentlich versteigert worden waren, brauchte es Mut, für Arbeiterrechte einzustehen. In Vorarlbergs Unternehmen herrschte das „Herr-im-Haus-Prinzip“. Die Arbeiterkammer hatte keinen leichten Start. Der AK-Präsident wird bei offiziellen Einladungen geflissentlich übergangen. Die Auseinandersetzungen werden mit der Inbrunst von Glaubenskriegen geführt. In den 1930er-Jahren bringen die Kollektivvertragsverhandlungen eine gesetzliche Lohnerhöhung von 1,7 Prozent. „Das veranlasst einen Rankweiler Fabrikanten, die Mieten für die Betriebswohnungen um 50 Prozent zu erhöhen.“ Schon im Ständestaat werden immer mehr erkämpfte

Foto: Alexandra Serra / vlk

Historiker Meinrad Pichler: „Der Markt ist nichts anderes als der Altar des Egoismus.“

Geschichte der AK Vorarlberg

1872
Memorandum der Wiener Arbeiter

Die Forderung nach Errichtung von Arbeiterkammern wird zum ersten Mal 1872 in ein Memorandum der Wiener Arbeiter gekleidet, das dem Ministerium des Inneren und dem Reichsrat überreicht wird.

1920
Arbeiterkammergesetz

Nachdem am 26. Februar 1920 das „Gesetz über die Errichtung von Kammern für Arbeiter und Angestellte (Arbeiterkammern)“ von der konstituierenden Nationalversammlung beschlossen wurde, nimmt am 28. Juni 1921 auch in Vorarlberg die Arbeiterkammer ihre Tätigkeit auf. Die AK zieht ins Feldkircher Haus Dogana – mit einem Schreibtisch, einigen Sesseln und einer geliehenen Schreibmaschine.

1921
Erste Arbeiterkammerwahl in Vorarlberg

23. und 24.4.1921: Die erste Wahl für Vorarlberg wird im Feldkircher Rathaussaal durchgeführt, bei der die Mandate von 40 Kammerräten zu vergeben sind.
18.6.1921: Konstituierende Vollversammlung unter Alterspräsident Alois Straßer.
28.6.1921: AK Vorarlberg beginnt ihre Tätigkeit in Feldkirch.
Noch im Dezember 1921 richtet die AK Vorarlberg eine eigene Lehrlingsschutzstelle ein. Sie erarbeitet u. a. Musterverträge, um die Jugendlichen vor Übergriffen zu schützen. Bäcker-Gesellen etwa müssen zu der Zeit bis zu 17 Stunden täglich arbeiten.

1924
Erste Kurse der Kammer für Arbeiter und Angestellte

Die AK vermittelt Elementarunterricht in Rechnen, Lesen, Schreiben und grundlegendes Wissen über Verfassung und Sozialwesen.

1929
Bibliothek wird eröffnet

Die erste AK-Bibliothek umfasst 2000 Bände „erstklassiger Autoren“.

Foto: Stadtarchiv Dornbirn / Orig. Karl Waibel

Verwaltungskommissionen 1933/34 bringen das Ende für die von den Arbeitnehmern frei gewählten Organe der Kammer. An ihre Stelle treten durch Verordnung der Bundesregierung Verwaltungskommissionen. Im autoritären Ständestaat werden die Kammern vollkommen ausgeschaltet.

Arbeiterkammern werden aufgelöst: Nach dem Anschluss Österreichs werden die Arbeiterkammern und der Gewerkschaftsbund auf Anordnung des „Stillhaltekommissars für Vereine, Organisationen und Verbände“ am 10. Juni 1938 aufgelöst, ihr Besitz wird konfisziert und der „Deutschen Arbeitsfront“ übertragen. Die Mitarbeiter werden

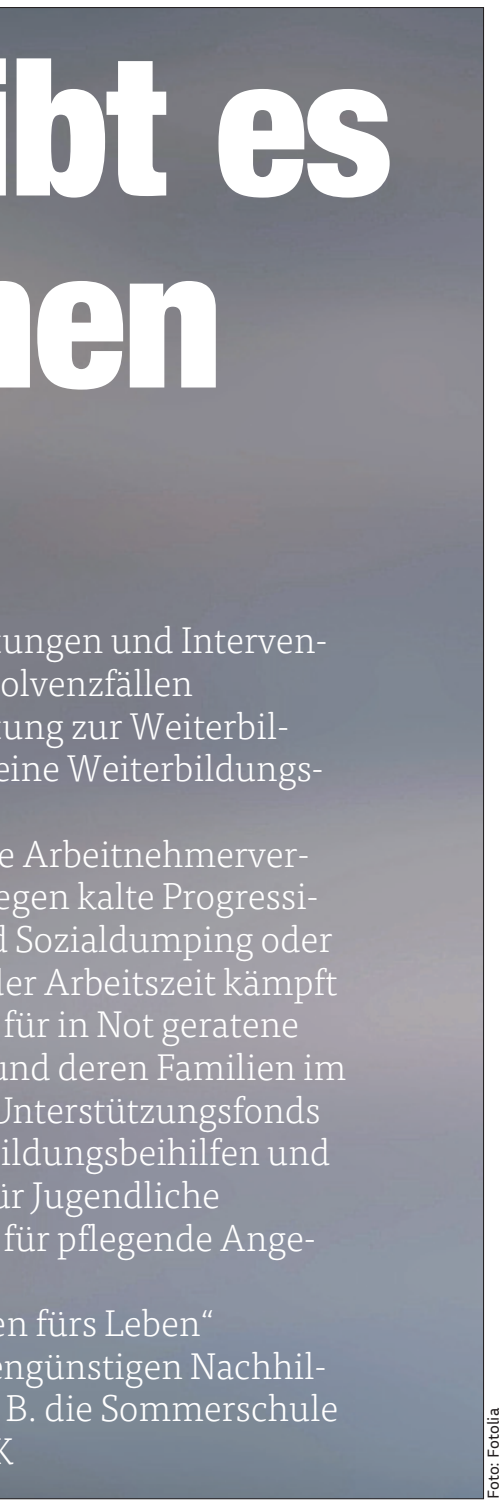


Foto: Fotolia

Wussten Sie eigentlich, dass ...

... die Expertinnen und Experten der AK allein 2015 mehr als 800 Gesetze und Verordnungen begutachtet haben? Das ist deshalb so wichtig, weil Änderungen und Verbesserungen nur vor dem Gesetzesbeschluss möglich sind.

... mit der gesetzlichen Mitgliedschaft bei den Kammern untrennbar auch die Kollektivverträge verknüpft sind? Denn sind Betriebe nicht länger Mitglied bei der Wirtschaftskammer, gilt für ihre Beschäftigten auch kein Kollektivvertrag. Ohne Kollektivverträge aber gibt es auch kein 13. und 14. Monatsgehalt.

... die AK-Umlage 0,5 Prozent des Brutto-Monatsgehalts bis zur Höchstbemessungsgrundlage beträgt, also im Durchschnitt 6,90 Euro und im Höchstfall 14,40 Euro pro Monat?

... die Arbeiterkammer sich ausschließlich durch die Beiträge ihrer Mitglieder finanziert? Für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer hat die AK im vergangenen Jahr 532 Millionen Euro herausgeholt – bei Gericht, bei Behörden und vom Arbeitgeber direkt. 800.000 Mitglieder – Eltern in Karenz, Arbeitsuchende, geringfügig Beschäftigte und Lehrlinge – müssen gar keinen Beitrag leisten.

Rechte wieder zurückgenommen. Die Nationalsozialisten schließlich hebeln die Arbeiterkammern ganz aus. Von nun an hat die Deutsche Arbeitsfront das Sagen. Einzig die Landwirtschaftskammern bleiben weitgehend unangetastet. Warum? Darüber kann Pichler nur spekulieren. „Vermutlich wurden ihre Funktionäre nun im sogenannten Reichsnährstand für die Organisierung der Erzeugungsschlacht gebraucht.“

Ausgleich statt Streiks

Nach 1945 gelang es, an die Vorkriegszeit anzuknüpfen und eine funktionierende Sozialpartnerschaft zu begründen, die bis heute dafür Sorge trägt, dass die Interessen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern am Verhandlungstisch ausgeglichen werden und nicht streikend und brüllend auf der Straße miteinander gerungen wird.

Was aber, wenn die Pflichtmitgliedschaft in der neuen Regierung aufgehoben würde? „Dann würden in einer entsolidarisierten Gesellschaft weiterhin alle Hilfe verlangen, wenn sie bedrängt werden, aber vorher hätten sie nichts bezahlt. Ohne die Pflichtmitgliedschaft ist die Organisation macht- und kraftlos.“

Alle Macht dem Markt bedeutet in Pichlers Augen nichts anderes, als dass der, der alle Rechte hat, mit lauter entsolidarisierten einzelnen Pesonen fuhrwerken kann, wie es ihm beliebt. Sind erst einmal die Kollektivverträge abgeschafft, „dann haben wir amerikanische Verhältnisse“. Und da ist sich Pichler sicher: Der Erste, der bitter draufzahlt, ist der berühmte kleine Mann.

Am Podium diskutierten Unternehmer, Arbeiter, Angestellte. Alle strecken sich nach der Decke, sind aber nicht hoffnungslos. Ein ehemaliger Hilfsarbeiter sagt: „Meinen Kindern vererbe ich Bildung.“

Nur durch Arbeit wird kaum mehr einer reich

Die Kluft zwischen wenigen Superreichen und dem Gros der Bevölkerung ist unanständig groß – umso wichtiger ist demokratische Mitbestimmung aller.

UNGERECHT. „Arm bleibt arm, Reich wird immer reicher.“ Der Abend rund um soziale Gerechtigkeit, zu dem AK und ÖGB nach Feldkirch geladen hatten, zeigte die Zerbrechlichkeit sozialer Teilhabe überdeutlich. Für AK-Direktor Rainer Keckeis liegt auf der Hand, „dass wir die Verteilungsfrage viel intensiver diskutieren müssen“. AK-Vizepräsidentin Manuela Auer steckte den Rahmen dafür: „Gerade einmal ein Prozent der Österreicher besitzt 40 Prozent des gesamten Privatvermögens. Auf der anderen Seite haben wir 350.000 Österreicher, die nicht einmal 1500 Euro monatlich zur Verfügung haben. Und da sind die Teilzeitarbeiter noch gar nicht eingerechnet.“

Soziale Mobilität schwindet

Wie beurteilen das die Experten? Pirmin Fessler von der österreichischen Nationalbank befürchtet, dass die soziale Mobilität noch kleiner wird. Heute schon glückt nur wenigen Kindern aus armen Familien der Aufstieg. Weil wir aber in 70 Friedensjahren so viel Vermögen angehäuft haben – die 3,8 Millionen Haushalte in Österreich besitzen 1370 Milliarden Euro –, zählt das vererbbare Kapital 4,5-mal so viel wie das hart erarbeitete Geld. Mit anderen Worten: „Die Armen haben den Glauben aufgegeben, dass man durch gute Ideen und eigene Leistung reich wird.“ Da steckt enormer sozialer Sprengstoff dahinter.

AK-Direktor Rainer Keckeis und AK-Vize Manuela Auer: Brauchen mehr Gerechtigkeit.

Es müsste nicht sein. Matthias Schnetzer (AK Wien) erinnert daran, dass die Vorstände der ATX-Unternehmen derzeit das 51-Fache des mittleren Einkommens verdienen. Schon der griechische Philosoph Platon hielt das Vierfache des geringsten Einkommens für das Äußerste. Doch Gewohnheiten sind zäh. In Florenz stehen die reichsten Familien von 1427 bis heute an der Spitze. Selbst in Ländern wie Großbritannien kann man sich heute, so Julia Hofmann von der AK Wien, die Staatsbürgerschaft erkaufen.

Melanie Loretz, Teilzeitangestellte: Nicht, reich aber zufrieden.

Also ist letztendlich auch die Demokratie nur mehr eine Preisfrage?

Auch Nichtwähler machen Politik

Nein, das darf sie auch nicht werden. AK-Präsident Hubert Hämmerle erinnert im Vorfeld der Nationalratswahl am 15. Oktober eindrücklich daran: „Wir machen auch Politik, wenn wir nicht wählen gehen.“ Die Politik der stillen Duldung. Politik wird aber auch dann gemacht, „wenn wir uns mit unseren Interessen auseinandersetzen“. Es ist gute Absicht, dass die 70 Vorarlberger Kammerrätinnen und Kammerräte aus allen Talschaften, Branchen und Betriebsgrößen kommen. Gemeinsam beklagen sie nicht die Vielzahl an Problemen, sondern denken über Lösungen nach: ein Pensionsmodell, ein Steuermodell, betriebliche Gesundheit und vieles mehr.

▶ **Das Video** dazu finden Sie auf unserem Kanal: youtube.com/AKVorarlberg

AK-Präsident Hubert Hämmerle: Wählen dürfen ist ein Privileg.

Fotos: Dietmar Mathis

1946 1954 1996 2017

Foto: Superikonsokop

e Anspruch auf Pension entlas- Das Kammergebäude geht in Besitz der NSDAP über. Nach e des zweiten Weltkriegs 1945 Feldkirch abermals Sitz der eiterkammer, die wieder Räumeiten in der Gilmstraße bezieht. on 1946 hat das Kammerbüro nliegen von rund 38.000 stnehmern zu vertreten.

1946

13.8.1945: Mit dem Arbeiterkammergesetz wird die Grundlage für die Wiedererrichtung der Kammern geschaffen. Das Gesetz gilt vorerst nur für die Sowjetzone. Daher gibt es im August nur konstituierende Vollversammlungen in Wien, Niederösterreich und im Burgenland. Außerhalb der Sowjetzone kann nur in Tirol die AK bereits 1945 mit ihrer Tätigkeit beginnen. Ab 31.12.1945 gilt das AK-Gesetz nach Zustimmung des Alliierten Rates für alle Bundesländer. Am 22. Juni 1946 findet die konstituierende Vollversammlung der AK Vorarlberg statt. Der erste Dienstwagen der AK (1947) ist ein Fiat 1100 aus französischen Militärbeständen um 4100 Schilling. Reifen müssen separat beschafft werden. **Ende 1945:** Als erster Vorbote einer wiedererstandenen AK wird eine Rechtsauskunftsstelle eröffnet.

1950

Weil die alten Räumlichkeiten zu klein werden, errichtet die AK in Feldkirch/Widnau von 1950 bis 1952 ein eigenes Gebäude. 1954 entsteht die erste Außenstelle in Bregenz, 1958 eine in Dornbirn, 1959 die in Bludenz.

1954

Arbeiterkammergesetz 1954
Ministerien und Ämter müssen Gesetzesentwürfe und Verordnungen an die Arbeiterkammern übermitteln. „Amtlicher“ Charakter der AK wird betont. Den Arbeiterkammern gehören alle Dienstnehmer an. Neue Services: Wohnungsdarlehen und Konsumentenberatung.

1982

Zu den gesetzlich festgelegten Aufgaben der AK kommt der Konsumentenschutz neu dazu.

1992

Neu: Rechtsberatung und kostenloser Rechtsschutz in Arbeits- und Sozialrechtsangelegenheiten.

1996

Die AK-Mitgliederbefragung bringt ein eindeutiges Ergebnis: Mehr als 90 Prozent der Beschäftigten sprechen sich für den Weiterbestand der AK aus.

?

Kampf gegen Arbeitnehmer
Im Zuge der Nationalratswahlen werden von Seiten der FPÖ und der neos Rufe laut, die Arbeiterkammern zu beschneiden bzw. abzuschaffen. Damit wären die Rechte der Arbeitnehmer beschnitten, über drei Millionen Beschäftigte würden ihren Schutz verlieren.

Weiberkram
von Univ.-Prof.
Irene Dyk-Ploss

Qual der Wahl

Dass das politische Interesse von Frauen geringer ist als das der Männer, hängt von verschiedensten Faktoren ab: Frauen haben weniger Zeit für politische Information bzw. Medienkonsum, vielfach fehlen weibliche Leitfiguren und vor allem Politikinhalte, die auf weibliche Lebensrealitäten Bezug nehmen. Eine aktuelle IMAS-Studie besagt, dass rund 60 Prozent der österreichischen Frauen der Meinung sind, dass Politiker nicht oder kaum über die Alltagssorgen der Menschen Bescheid wissen, und dass ihnen die Probleme der Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht vertraut sind. Das gilt vor allem für die Situation von Alleinerziehern; aber auch Verständnis für pflegende Angehörige schreiben den Politikern zwei Drittel der Frauen nicht zu.

Und dass Politiker wissen, wie man mit einem durchschnittlichen Gehalt über die Runden kommt, bezweifeln 70 Prozent der Frauen – die immerhin die Mehrheit der Wahlberechtigten am 15. Oktober stellen und bisher nur wenige Antworten auf ihre Fragen haben.

▶ **E-Mail:** irene.dyk@jku.at

JETZT FAN WERDEN!
Find us on Facebook
facebook.com/akvorarlberg

Kurz gemeldet …

- Die Industrieproduktion in Österreich befindet sich in einem kräftigen Aufschwung. „Sie liegt um etwa fünf Prozent über dem Niveau des Vorjahres, und die Aussichten sind positiv", sagt AK-Wirtschaftsexperte Markus Marterbauer. Nun sei auch die Lohnpolitik gefordert, die Früchte des Aufschwungs breit zu verteilen und auch jenen zukommen zu lassen, die in den vergangenen Jahren zurückgefallen sind.
- Seit 20 Jahren lässt die AK Oberösterreich regelmäßig den Arbeitsklimaindex erheben. Im Gegensatz zu den üblichen Kennzahlen des Wirtschaftslebens stehen hier die arbeitenden Menschen im Mittelpunkt des Interesses. Erfragt werden Einflussfaktoren wie etwa die Zufriedenheit mit dem Einkommen und der Arbeitszeit. In den vergangenen Monaten hat sich der Arbeitsklimaindex von einem Rekordtief erholt und bei 109 Punkten eingependelt.

Foto: Fotolia

Kaum jemand kann ermessen, was es bedeutet, seinen Partner bis zum Tod zu pflegen. Der Kampf ums Pflegegeld kommt da noch hinzu.

Erhöhte Pflegestufe erst nach dem Tod zuerkannt

Pensionistin pflegte ihren Mann – Parkinson und Demenz führten zur völligen Hilflosigkeit – Dennoch wurde Pflegestufe zwei nie erhöht – AK kämpfte vor Gericht – Behörde lenkte nach Tod des Patienten ein

LANGER KAMPF. Die 76-jährige Oberländer Pensionistin hatte schwere Jahre hinter sich, als sie die AK Vorarlberg um Hilfe bat. Ihr Mann litt an Parkinson. Er wurde zunehmend dement. Was das bedeutet, kann man kaum ermessen.

Die Akten, die davon erzählen, wie das betagte Ehepaar monatelang vergeblich um eine höhere Pflegestufe kämpfte, sind nüchtern gehalten. Wie Akten halt so sind. Da ist von Windeln die Rede und vom Leibstuhl, vom „Einnässen" und von wachsender Aggression des Patienten. Von „Wortfindungsstörungen" und vom „Speicheln aus dem Mundwinkel". Seine Frau hat den alten Mann bis zu seinem Tod gepflegt. Über Stürze hinweg und wachsende Unruhe und Verwirrtheit. Auch noch über den 20. Oktober 2016 hinaus, als eine 24-Stunden-Pflege unumgänglich wurde. Aber so eine Pflegekraft hat ja auch zwei Stunden Freizeit am Tag. Und die Nächte nicht zu vergessen. Die Ehefrau hat neben dem Patienten geschlafen, eigentlich mehr gewacht als geschlafen.

Selber bezahlt

Die 24-Stunden-Pflege hat die Frau aus der Pension ihres Mannes und aus ihrer eigenen finanziert. Denn der Mann war behördlicherseits auf Pflegestufe zwei eingestuft worden. Der Kampf um eine Erhöhung der Pflegeleistung währte bis über seinen Tod hinaus. Er starb am 26. Februar 2017. Irgendwann hatten Parkinson und Demenz gewonnen. Die Klage gegen den ergangenen Pflegegeldbescheid lag da schon lange beim Landesgericht Feldkirch. Für die pflegende Angehörige schien mit dem Tod ihres Ehemanns alles verloren. Aber im Gerichtsverfahren hatte zuletzt ein Sachverständigengutachten ergeben, dass sich der Pflegeaufwand doch erhöht hatte. Ein positiver Prozessausgang schien wahrscheinlich. Als der betagte Patient vor Schluss der Verhandlung verstarb, wurde das Verfahren unterbrochen.

Es musste damit noch nicht zu Ende sein. Denn eine Fortsetzung des unterbrochenen Verfahrens kann beantragt werden, wenn zum Zeitpunkt des Todes eine fällige Geldleistung noch nicht ausbezahlt wurde und jemand den Pflegebedürftigen in diesem Zeitraum überwiegend und ohne angemessenes Entgelt gepflegt hat oder für die Pflege aufgekommen ist.

Das liegt im vorliegenden Fall auf der Hand, fanden die Rechtsexperten der AK und verhalfen der Gattin des Verstorbenen quasi im Nachhinein zu ihrem Recht. Sie hat Anspruch auf das Pflegegeld zwischen Antragstellung und Todestag ihres Mannes, entschied auch das Gericht und sprach ihr 5600 Euro zu.

▶ **Kontakt:** Wenn Sie dem AK-Sozialrecht eine E-Mail schicken, schreiben Sie bitte Ihre Adresse und eine Telefonnummer für Rückfragen dazu. E-Mail: sozialrecht@ak-vorarlberg.at, Telefon: 050/258 2200

Mütter schneller wieder im Beruf

Nach der Babypause müssen Frauen aber deutliche Einkommensnachteile in Kauf nehmen.

BETREUUNG WIRKT. Der Ausbau der Kinderbetreuung hat zu einer kürzeren Berufsunterbrechung bei Frauen geführt, das geht aus dem aktuellen Wiedereinstiegsmonitoring der AK hervor. Die Babypause bringt allerdings Einkommensverluste für Frauen – für Männer zeigt die Erhebung hingegen keine Nachteile. Gefordert werden von der AK nun u. a. weitere Investitionen.

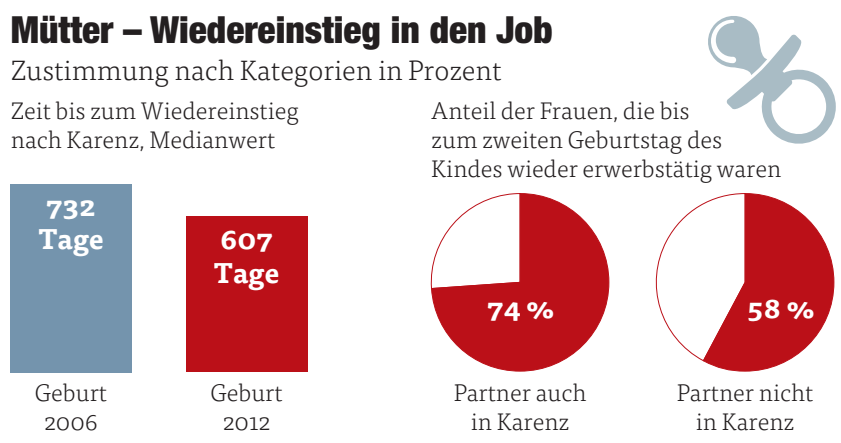
Vier Monate früher

Waren Frauen mit Geburten 2006, die vor der Geburt gut erwerbsintegriert waren, noch durchschnittlich 732 Tage nach der Geburt zu Hause, hat sich die Dauer für Geburten 2012 auf 607 Tage verkürzt. Das heißt, Frauen kehren vier Monate früher in den Beruf zurück. Mit Ende der arbeitsrechtlichen Karenzdauer, dem zweiten Geburtstag des Kindes, waren 2006 nur 49 Prozent wieder erwerbstätig, 2012 waren es bereits 60 Prozent. Die AK führt das zum einen auf die Kurzmodelle beim Kinderbetreuungsgeld zurück, zum anderen auf die vermehrt partnerschaftliche Aufteilung und die deutlich höhere Zahl von Plätzen für Unter-Dreijährige.

Mehr Väterbeteiligung, aber …

Bei der Väterbeteiligung wird zwar eine deutliche Steigerung verzeichnet, die Aufteilung ist aber nach wie vor wenig partnerschaftlich. 2013 waren bei zwölf Prozent der Paare auch die Väter in Karenz, 2006 waren es nur drei Prozent.

Immer mehr Männer beziehen Kinderbetreuungsgeld: Bei den gut erwerbsintegrierten Männern ist die Zahl von 3583 Beziehern 2006 auf 9636 im Jahr 2014 gestiegen. Bei vor der Karenz nicht oder schlecht erwerbsintegrierten Männern gibt es nur eine geringe Steigerung.



Während mehr Väter Kindergeld beziehen, ist die Unterbrechungsdauer aber zurückgegangen. Viele Männer orientieren sich bei den Modellen jeweils an der geringstmöglichen Zahl an Monaten – hier fordert die AK positive Anreize für eine stärkere partnerschaftliche Teilung.

Weniger Geld

Frauen müssen durch Karenz und Teilzeit deutliche Einkommensnachteile in Kauf nehmen. So hatte die Hälfte der Frauen mit Geburten 2010 vor der Geburt ein Bruttoeinkommen von 2000 Euro und mehr, im fünften Jahr danach erreichen nur mehr 31 Prozent dieses Einkommen. Für Väter sind dagegen kaum Einkommensverluste feststellbar.

Aus Sicht der AK hat sich der Ausbau der Kinderbetreuung positiv auf den Wiedereinstieg ausgewirkt. Diese Anstrengung muss fortgeführt werden, indem die Anstoßfinanzierung über August 2018 hinaus fortgesetzt wird.

Konkret fordert die Arbeiterkammer, dass jährlich 100 Millionen Euro durch den Bund bereitgestellt werden, um den Ausbau der Plätze für Unter-Dreijährige und längere Öffnungszeiten zu unterstützen. Außerdem brauche es eine stärkere Förderung der partnerschaftlichen Teilung, etwa indem der Familienzeitbonus in Höhe von 700 Euro für den Papa-Monat nicht mehr vom Kinderbetreuungsgeld abgezogen wird.

AK-Mitgliedschaft auf dem Prüfstand

Welche Rolle soll die AK künftig spielen: starke Interessenvertretung oder Konsumentenschutzverein?

EXISTENZFRAGEN. Noch rätseln die Meinungsforscher, wer bei den Nationalratswahlen die Nase vorn haben wird. Wer wird am Ende mit wem zusammenarbeiten (müssen)? Koalitionsvarianten werden ausgetüftelt und wieder verworfen. Das Personalkarussell dreht sich in Windeseile.

Arbeitnehmervertreter sehen dem Urnengang am 15. Oktober besorgt entgegen. Denn brisante Themen haben den Wahlkampf beherrscht: Soll die AK deutlich geschwächt oder ganz abgeschafft werden? Ist die Pflichtmitgliedschaft ein Akt der Solidarität oder nur lästiger Zwang? Dringen neoliberale Kräfte durch, dann könnte es um die mühsam erworbenen Rechte der Angestellten und Arbeiter rasch schlecht bestellt sein. Denn sie würden mit einer deutlich geschwächten AK ihr Sprachrohr verlieren. Die Folgen wären verheerend.

Fotos: AK

Beim kommenden Wahlgang am 15. Oktober steht für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer viel auf dem Spiel.

Liste AK-Präsident Hubert Hämmerle – ÖAAB/FCG

Fraktionsobmann Bernhard Heinzle

Wehret den Anfängen – ohne AK droht Beschäftigten der Crash!

GEFÄHRLICH. Es ist gerade hip – Kammerbashing. Seien es die „Kammerjäger" der neos oder die Scharfmacher der FPÖ. Alle wollen die Wirtschaft „entfesseln", und da ist ihnen die AK, die für einen starken Arbeitnehmerschutz und für Interessenausgleich steht, im Weg. Zuerst finanziell schwächen und dann die Pflichtmitgliedschaft abschaffen: es geht ja auch freiwillig. Halten die uns für komplett bescheuert?

Setzen sich Kräfte wie neos oder FPÖ durch, dann verlieren die Beschäftigten das einzige Schutzhaus, das sie haben. Die Großen und Mächtigen werden sich mit ihren finanziellen Mitteln sofort zusammenschließen. Auf der Strecke bleiben die Kleinen und Schutzlosen.

Und auch das viel zitierte Beispiel von ÖAMTC und ARBÖ funktioniert nicht: denn ohne gesetzliche Mitgliedschaft hätte die AK beim Arbeitsrecht gleich viel mitzureden wie der ÖAMTC beim Benzinpreis. Nämlich nichts. Fällt die Pflichtmitgliedschaft, fällt das System der Sozialpartnerschaft. Dann gibt es auch keine Flächenkollektivverträge mehr. In denen sind aber die jährlichen Lohnerhöhungen, Weihnachts- und Urlaubsgeld geregelt – alles hinfällig.

Den sozialen Frieden und die Existenzen tausender Beschäftigter aufs Spiel zu setzen, ist ein mehr als fragwürdiges politisches Programm.

▶ **E-Mail:**
bernhard.heinzle@gpa-djp.at

Liste Manuela Auer – FSG

Fraktionsobfrau Manuela Auer

Arbeitenden Menschen nimmt man nicht ihre gesetzliche Vertretung!

SOZIALABBAU. Das schwächste Glied in einem Wirtschaftssystem sind die ArbeitnehmerInnen. In unserem Land wurde daher schon 1945 die Arbeiterkammer als gesetzliche Vertretung der ArbeitnehmerInnen verankert. Die AK vertritt die Beschäftigten und bietet umfassende Rechtsberatung in arbeitsrechtlichen Fragen oder beim Konsumentenschutz. Arbeiterkammer und Wirtschaftskammer sind verlässliche Partner, die gemeinsam mit den Gewerkschaften einen Ausgleich zwischen den Interessen der Wirtschaft und denen der arbeitenden Menschen finden. Wer die Abschaffung der Pflichtbeiträge fordert, will in Wirklichkeit deren Abschaffung und nimmt Sozialabbau, Destabilisierung und das Ende des Kollektivvertragssystems bewusst in Kauf.

Arbeitenden Menschen ihre gesetzliche Vertretung zu streichen, bedeutet, sie dem freien Spiel der Kräfte zu überlassen. Die Abschaffung der Pflichtmitgliedschaft würde nicht nur dazu führen, dass die erfolgreiche Arbeit der Arbeiterkammer vor dem Aus stünde, sondern auch, dass die Kammer nicht mehr demokratisch legitimiert wäre. Damit wäre auch das System der international beispielgebenden Sozialpartnerschaft obsolet. Wer allen Ernstes derartige Forderungen aufstellt, sollte nie mehr vorgeben, Arbeitnehmerinteressen zu vertreten.

▶ **E-Mail:**
manuelaauer@manuelaauer.at

Liste Freiheitliche + Parteifreie Arbeitnehmer – FA

Fraktionsobmann Michael Koschat

Es geht um Rechte der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen

PRO AK. Für uns freiheitliche Arbeitnehmer ist die AK als starke Interessenvertretung in Österreich nicht wegzudenken. Gerade in Vorarlberg haben wir immer wieder bewiesen, dass wir zur AK stehen, und das wird sich auch nicht ändern. In den Bereichen Konsumenten-, Rechtschutz, Arbeitnehmervertretung und Weiterbildung ist niemand imstande, der AK Vorarlberg das Wasser zu reichen. Dass es österreichweit zu Diskussionen um die Pflichtmitgliedschaften in den Kammern kommt, ist aber kein Zufall. Wenn man sieht, wie in innerösterreichischen Kammern mit den Geldern der Zwangsmitglieder umgegangen wird oder wie gerade in Salzburg schlimmster Postenschacher betrieben wird, so darf man sich über Kritiker nicht wundern. Diskussionen über Pflichtmitgliedschaften sollte es immer geben dürfen: wie z. B. auch schon seit Langem über die GIS-Gebühren des ORF. Aber man muss die Kirche im Dorf lassen. Eine Zustimmung zu einer Volksabstimmung über den Verbleib der Pflichtmitgliedschaften in den Kammern wird es von uns nicht geben. Wir sind der Überzeugung, über die Zukunft der Arbeiterkammern können nur die Arbeitnehmer(innen) selbst entscheiden: schließlich geht es um die Rechte der Arbeitnehmer(innen). Dafür werden wir uns auch in Zukunft mit voller Kraft einsetzen!

▶ **E-Mail:**
michael.koschat@fpoe-satteins.at

Liste Gemeinsam – Grüne und Unabhängige

Fraktionsobmann Sadettin Demir

Gesetzliche Mitgliedschaft sichert Interessenvertretung

UNSERE VERTRETUNG ERHALTEN! Bis nach dem Ersten Weltkrieg hat die österreichische Arbeiterbewegung jahrzehntelang für die Einrichtung von Arbeiterkammern gekämpft, damit auch die Arbeitnehmer/innen eine Interessenvertretung gegenüber Staat und Unternehmerverbänden haben. Die gesetzliche Mitgliedschaft nun abzuschaffen, wäre gleichbedeutend mit der Abschaffung der AK, ihrer Mitwirkungsmöglichkeiten und ihrer Dienstleistungen. Aber auch für die Beibehaltung der gesetzlichen Mitgliedschaft in der Wirtschaftskammer müssen wir als Arbeitnehmervertreter/innen eintreten. Nur diese ermöglicht die fast flächendeckende Abdeckung der österreichischen Arbeitswelt mit Kollektivverträgen. Die Abschaffung der Pflichtmitgliedschaft in AK und WK würde der willkürlichen Gestaltung von Arbeitsbedingungen Tür und Tor öffnen – und genau darum geht es jenen, die dies fordern: Arbeitskräfte sollen – so wie im 19. Jahrhundert – nach Belieben ausgebeutet werden können. Bei der Nationalratswahl entscheiden wir also auch, ob wir auf der Basis der Errungenschaften des 20. Jahrhunderts das 21. Jahrhundert gemeinsam gestalten oder ob wir uns zurück in dunkle Zeiten bewegen.

▶ **E-Mail:**
sadettin.demir@gemeinsam-ug.at

Liste NBZ – Neue Bewegung für die Zukunft

Fraktionsobmann Volkan Meral

Wir brauchen die Arbeiterkammer als wichtigen Partner

UNVERZICHTBAR. Die Arbeiterkammern in Österreich sind unverzichtbar für ArbeiterInnen und Angestellte: ein Schutz vor Ungerechtigkeiten und unfairer Behandlung des hart arbeitenden Volkes sowie der Konsumenten. Die Mitgliedsbeiträge wurden jeweils an die Höhe der Einkommen angepasst. Somit ist ein solidarischer Umgang mit den Kosten, die durch diese Dienstleistung entstehen, garantiert.

Es wäre fatal, auch nur daran zu denken, diesen wichtigen Bestandteil der Sozialpartnerschaft abzuschaffen. ArbeiterInnen und Angestellte wären schutzlos ausgeliefert. Allein im vergangenen Jahr haben sich Menschen 21.521-mal an die AK-Konsumentenberatung gewandt, und 2126-mal ist die AK für den Arbeitnehmer kostenlos vor Gericht gezogen, um seine Rechte durchzusetzen. Testberichte, Beratungen und Präventionen gehören ebenfalls zu den Kernbereichen der Arbeiterkammer. Warnungen vor gefährlichen Produkten, Vergleiche von Supermarktpreisen bis hin zu ausführlichen Berichten über heikle Themen wie bargeldloses Leben finden im Testmagazin „Konsument" regelmäßig ihre Plätze. Wir sehen uns in der Pflicht, diesen wichtigen Bestandteil der Sozialpartnerschaft zu verteidigen, um weiterhin wertvolle Dienstleistungen für Arbeiternehmerinnen und Arbeitnehmer bieten zu können.

▶ **E-Mail:**
volkan@meral.at

AK-BIBLIOTHEKEN Weil Lesen das Leben bereichert

Bludenz
Bahnhofplatz 2a; Di 10–12 und 13–19 Uhr, Mi bis Fr 10–12 und 13–18 Uhr, Tel. 050/258-4550, E-Mail: bibliothek.bludenz@ak-vorarlberg.at

Feldkirch
Widnau 2–4; Di 10–19 Uhr, Mi bis Fr 10–18 Uhr, Tel. 050/258-4510, E-Mail: bibliothek.feldkirch@ak-vorarlberg.at

Digital
In der digitalen AK-Bibliothek findet sich ein breites Angebot an E-Books, E-Hörbüchern und Spezialbibliotheken. Ein Benutzer kann parallel zehn E-Medien ausleihen. Wo? www.ak-vorarlberg.at/ebooks

Termine für Leser

Vorlesen für Kinder …
… 10. Oktober, AK-Bibliothek Bludenz. 16 bis 16.30 Uhr für Kinder zwischen sechs und acht Jahren.

Wollmaus …
… trifft Leseratte: 12. Oktober 2017, ab 19 Uhr. In der AK-Bibliothek in Feldkirch.

AK MEDIEN-TIPP

Gelungenes Debüt

Hans Stichler stammt aus einfachen Verhältnissen. Seine einzige Verwandte vermittelt ihm ein Stipendium für die Universität Cambridge, als Gegenleistung soll er ein Verbrechen aufklären. Er wird Mitglied im elitären Pitt Club und verliebt sich in Charlotte. Doch Charlotte scheint etwas zu verbergen. In diesem Debütroman geht es um die großen Lebensfragen: Wie weit darf ich gehen? Was ist richtig, was falsch, und welche Rolle spielt die Liebe dabei?

Ulrike Keckeis
AK-Bibliothek Feldkirch
▶ **E-Mail:** ulrike.keckeis@ak-vorarlberg.at

Takis Würger: **Der Club**; 240 S., geb., Verlag Kein & Aber, ISBN 978-3-0369-5753-1, 22,70 Euro

„Haben und Sein“: Lesung in Feldkirch

BUCH. Für die 33. Ausgabe der „V#“ haben Andrea Gerster und Christina Walker Schriftstellerkolleginnen aus Österreich, der Schweiz, aus Liechtenstein und Deutschland eingeladen, Texte über das Armsein mitten unter uns zu schreiben. Herausgekommen ist ein Kaleidoskop an Geschichten: empathisch, persönlich, nicht selten ironisch oder verstörend dokumentarisch. „V#“ ist eine Publikationsreihe der Literatur Vorarlberg. Jedes Jahr erscheinen ein bis zwei Bände zu aktuellen Themen.

Die Präsentation von „Haben und Sein“ findet am Donnerstag, 19. Oktober 2017, 19.30 Uhr, in der AK-Bibliothek Feldkirch statt.

Foto: Jürgen Gorbach / AK

„Haben und Sein“, die neueste Ausgabe der Publikationsreihe „V#“, beschäftigt sich mit dem Thema Armut.

Was diesen Monat zählt

FLEISCH Neue Kriterien, mehr AMA-Gütesiegel für Schweinefleisch • **RICHTUNGSWAHL** Am 15. entscheidet Österreich über die Zusammensetzung des Nationalrats • **FEIERTAG** Der Nationalfeiertag (26.) an einem Donnerstag ermöglicht einen Fenstertag und ist in Vorarlberg auch Beginn der Herbstferien bis 2.11.

Gewinnen Sie 3 x 2 Skikarten für den Diedamskopf

Senden Sie die Antworten auf die drei Fragen zu dieser Ausgabe der AKtion bitte bis 20. Oktober 2017 an gewinnen@ak-vorarlberg.at oder auf einer Postkarte an AK Vorarlberg, AKtion, Widnau 2–4, 6800 Feldkirch, und Sie nehmen an der Verlosung von 3 x 2 Skikarten für den Diedamskopf teil. Wir wünschen Ihnen viel Glück! Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Drei Geschenkkörbe der Marke „Dietrich Vorarlberger Kostbarkeiten“ haben in der letzten Ausgabe Georg Walser (Feldkirch), Bernadette Sutter (Hörbranz) und Andrea Coser (Bregenz) gewonnen. Wir gratulieren!

Frage 1: Was bot die Vorarlberger Arbeiterkammer 1924 an?

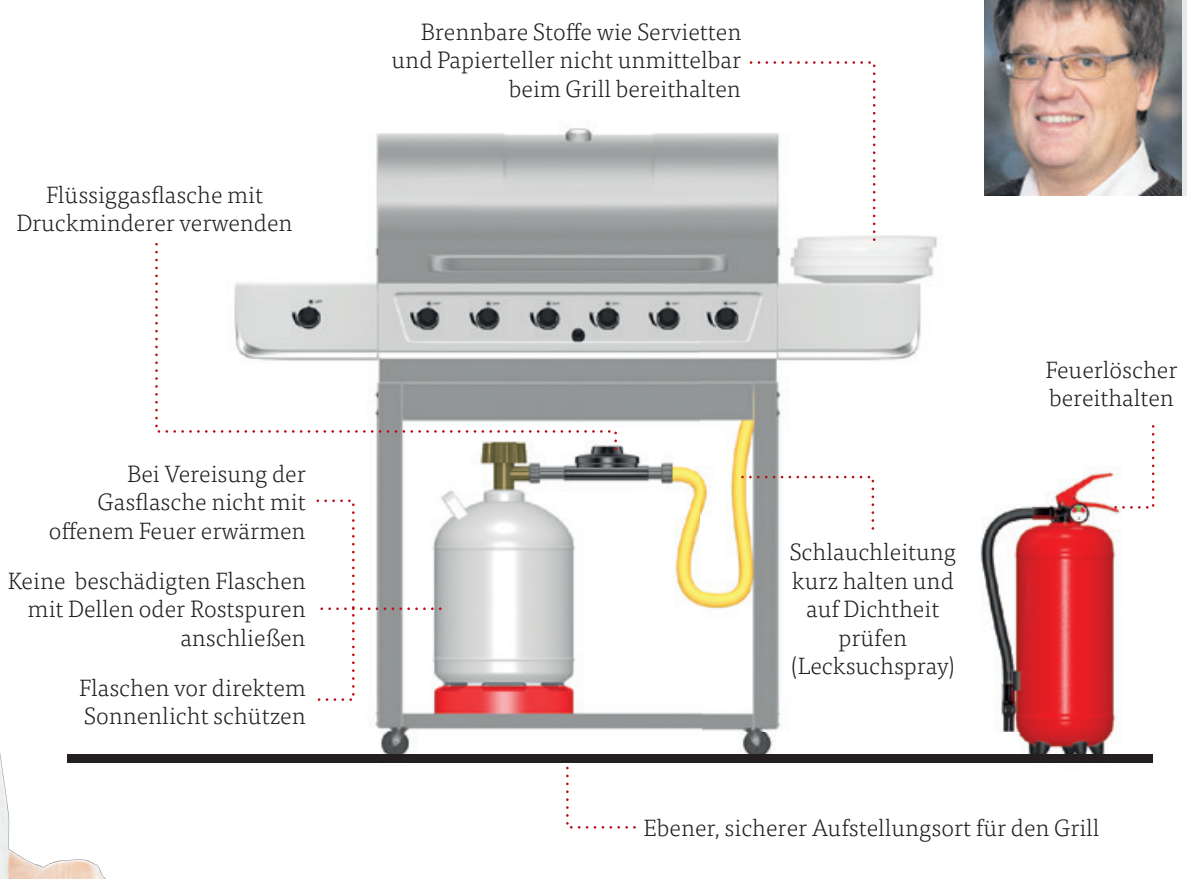
Frage 2: Wie viel kostet das teuerste Kinderschuhmodell, das die AK für diese Ausgabe testen ließ?

Frage 3: Welche dringenden Wünsche haben Sie an die neue Bundesregierung nach der Wahl am 15. Oktober?

Sicherheit geht vor: Umgang mit dem Gasgrill

Die Saison ist für viele Grillbegeisterte auch im Oktober noch nicht zu Ende. Allerdings müssen 900 Hobbygriller jedes Jahr nach Unfällen im Krankenhaus behandelt werden. Verbrennungen sind laut Kuratorium für Verkehrssicherheit die häufigsten Verletzungen. Bei Gasgrillern gibt es besondere Gefahren. Die folgenden Regeln schützen vor Verletzungen.

Checkliste für sicheres Grillen mit dem Gasgrill



Robert Seeberger
Ausgebildete Sicherheitsfachkraft für Österreich und Deutschland. Über 20-jährige Erfahrung als Unfallverhüter.

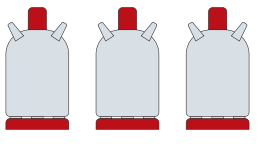
Info-Video unter:
www.ak-vorarlberg.at/sicherheit

Eigenschaften von Grillgas

- Es werden Flüssiggase verwendet – meist Propan, manchmal Butan oder Gemische aus beiden Gasen.
- Flüssiggas ist 1,5- bis zweimal schwerer als Luft. Beim Austritt aus der Flasche verhält es sich wie Wasser und bildet einen See am Boden.
- Es ist brennbar und bildet mit Luftsauerstoff ein explosives Gemisch.
- Der Druck in der Gasflasche steigt mit der Temperatur rasch an.
- Die Erhitzung sollte 60 Grad nicht überschreiten.
- Zum Verbrennen eines Kilogramms Flüssiggas werden 12 Kubikmeter Luft benötigt – daher niemals einen Gasgrill in geschlossenen Räumen betreiben – es besteht Erstickungsgefahr.
- Bereits ab 1,7 % Propananteil in der Luft besteht Explosionsgefahr.

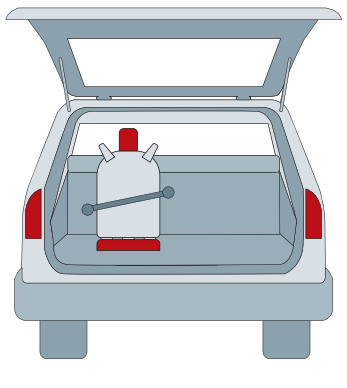
Lagerung der Gasflaschen

- Nicht in Garagen oder Kellern
- In gut durchlüfteten Räumen oder im Freien (aber im Schatten)
- Ventil gut schließen, Schutzkappe anbringen
- Gasflaschen stellen, nicht legen; keinesfalls werfen



Transport zum Händler

- Auto lüften
- Flasche darf sich nicht bewegen; festzurren
- Bei geschlossenem Ventil und mit Schutzkappe
- Flüssiggasflaschen müssen in Abständen von 10 bis 15 Jahren überprüft werden



Grafik: KEYSTONE, Quelle: Robert Seeberger, Arbeiterkammer, Fotos: Fotolia, Arbeiterkammer

UNTERRICHT AK-Mitglieder erteilen dem österreichischen Reform-Wirrwarr eine klare Absage

Politik muss Bildung endlich ernst nehmen

Bildung ist ein Dauerthema in den politischen Debatten. Die AKtion fragte ihre Leserinnen und Leser: Was braucht es Ihrer Ansicht nach für gelingenden Unterricht? Die Antworten fielen spannend aus.

BILDUNG. Kulturtechniken sind Basiswissen, weniger und dafür gezieltere Unterrichtseinheiten, Ferienreduktion, z. B. fünf Wochen im Sommer, somit mehr Zeit im Unterricht.
Renate Isopp, Hohenems

Für gelingenden Unterricht brauchen wir mehr Lehrer.
Arthur Reberz, Bludenz

Motivierte Lehrer, die die Schüler dort abholen, wo sie mit ihrer Entwicklung stehen; maximal 20 Schüler pro Klasse.
Melanie Sieber, Schwarzach

Eine indexbasierte Mittelverteilung in der Schulfinanzierung.
Astrid Hufnagel, Bregenz

Endlich eine echte Schulreform, weniger Ferien. Bei jeder Pisa-Studie kommt das große Aufheulen, aber gemacht wird nichts. Im Gegenteil, die Ferienzeit wurde seit meiner Schulzeit immer mehr verlängert. Wer Kinder hat, weiß, dass während der Ferien Schulwissen verloren geht, dass mehr Ferien sich keinesfalls positiv auswirken. Die jahrzehntelange Diskussion wegen zu langer Sommerferien hat auch zu nichts geführt, da wurde kein Tag weggenommen. Aber Semesterferien, Herbstferien, schulautonome Tage kamen dazu. Gemeinsame Schule und Ganztagsschulen wie in vielen anderen Ländern wären schon lange zeitgemäß. Unsere Politik macht da leider gar nichts. Werden hier die Lehrer geschont, die sich keines von ihren Privilegien wegnehmen lassen: mehr Arbeitszeit – weniger Ferien? Ich finde es entsetzlich, dass Kinder nach vier Volksschulklassen teilweise nicht lesen und schreiben können. Wie kann es sein, dass die Lehrer das nicht merken? Noch zwei Anmerkungen: Das Zehnfingersystem am Computer (früher Maschinschreiben) gehört in der Volksschule gelehrt wie Lesen und Schreiben. Warum lernen Schüler immer noch Französisch? Spanisch wäre sicher hilfreicher heutzutage. Österreich ist so schwerfällig bei Veränderungen. Schade.
Andrea Lichtenberger, Dornbirn

Motivierte Lehrer mit Liebe zum Beruf und zu den Menschen (Schülern).
Andrea Coser, Bregenz

Gelingender Unterricht? Motivierte Lehrer = motivierte Schüler. Wie Lehrer motivieren? Bonus für Kurse, Hilfestellung bei Stundengestaltung, mehr Gehalt. Lehrer sollten nicht auf Schülern herumhacken. Schüler sollten respektvoll sein, Eltern die Arbeit der Lehrer unterstützen und nicht nur kritisieren.
Judith Lang, Schlins

Die Lehrer sollen Schüler inspirieren. Gegenseitige Bewertung in einer offenen Diskussion im Klassenzimmer.
Dietmar Assmann, Braz

Mehr Teamarbeit im Lehrkörper, bessere Ausbildung der Lehrer, Konsequenzen bei mangelhafter Umsetzung des Lehrplanes.
Alfons Längle, Weiler

Der gelingende Unterricht sollte interessant vorgebracht und aktuell sein.
Barbara Ghesla, Fußach

Für einen gelingenden Unterricht braucht es meiner Ansicht nach:

- bessere Rahmenbedingungen für Schüler, Lehrer, Eltern und Direktoren gleichermaßen;
- weg von „Gleichmacherei“, hin zu Verschiedenheit und Individualität;
- Ausbau von ganztägigen Schulen mit verschränktem Unterricht;
- erfolgreiches Lehren ist nicht das Füllen leerer Köpfe, sondern das Entfachen des Feuers der Begeisterung!

Theresia Halb, Bregenz

Die seit Jahren anhaltenden – häufig sinnlosen – Änderungen (neues Benotungssystem, zwei Lehrer pro Klasse in den Hauptfächern, Mittelschule …) gehören abgestellt, damit endlich Ruhe einkehrt und sich die Lehrer auf das Wesentliche konzentrieren können, aufs Unterrichten. Fachleute sollen eine zukunftsfähige und sinnvolle Reform ausarbeiten. Diese wird dann umgesetzt, anstatt wieder laufend daran zu „sägen“ und das Lehrpersonal mit Änderungen zu belasten. Die Sommerferien sollte man verkürzen (Schulstart Mitte August) und den Kindern dafür unterm Jahr mehrere kürzere Erholungsphasen gönnen. Der Lehrplan gehört überarbeitet: Viel zu viel Detailwissen wird den Kindern hineingestopft. Lieber auf das Wesentliche konzentrieren und dies dafür laufend wiederholen (siehe z. B. sinnerfassendes Lesen, Kopfrechnen, Hausverstand verwenden …), damit dies das ganze Leben lang im Gedächtnis bleibt. Und bevor ein Kind eine Schule besuchen kann, muss ein gewisses Mindestmaß an Deutschkenntnissen vorhanden sein.
Harald Mark, Nenzing

Genügend Lehrer – Klassen-Schülerzahl möglichst klein halten.
Heino Schnetzer, Höchst

Für einen gelingenden Unterricht braucht es vor allem gute, engagierte, geduldige und konsequente Lehrer(innen).
Bernadette Sutter, Hörbranz

Es braucht ausreichend Lehrkräfte, um die Klassen in einer vernünftigen Größe

> *Wir brauchen zukunftsfähige Reformen statt ideologischen Hickhack.*
> **Gerhard Ouschan**
> Leiter des AK-Bildungsbereichs

halten zu können, gut ausgebildete Lehrer und eine gute, intakte Infrastruktur der Schulen.
Cornelia Voggel, Doren

Effiziente Klassenführung, kognitive Aktivierung der Schüler, Vielfalt der Unterrichtsziele, abwechslungsreiche Lernarrangements, hohe Komplexität.
Christine Walter, Bludenz

Vermittlung von „Wissen fürs Leben“.
Johann Vallaster, Bartholomäberg

Erkennen von persönlichen Fähigkeiten und Fertigkeiten – diese fördern und Schwächen überwinden.
Sonja Statthaler, Feldkirch

Lehrkräfte, welche die Arbeit mit jungen Menschen als Berufung erleben.
Erika Mündle, Feldkirch

Für einen erfolgreichen Unterricht braucht es gegenseitige Motivation von LehrerInnen und SchülerInnen, die sie selbst aufbauen müssen.
Roland Dietrich, Feldkirch

Fachlich und pädagogisch kompetente Vortragende – spannend und packend gestaltete Inhalte.
Petra Müllner, Hohenems

Vollste Motivation, die nur gegeben ist, wenn der Schüler die Inhalte selber aussucht und frei bestimmen kann, wann er was mit wem wo und weshalb lernt. Keine Noten, keine Stundenpläne, keine „Trennung nach Alter“. Meine Kinder sind glückliche und erfolgreiche Freilerner.
Pérez Vega, Höchst

Ausgeschlafene, mit gesunder Jause versorgte Kinder, die von tollen Lehrpersonen im Unterricht mitgerissen werden und so Spaß am Leben haben.
Maria Kohler, Hörbranz

Foto: Fotolia

Bald rollt eine Pensionierungswelle durch die Schulen – Doch warten schon 4500 angehende Pädagogen auf einen Job – Ministerin zuversichtlich

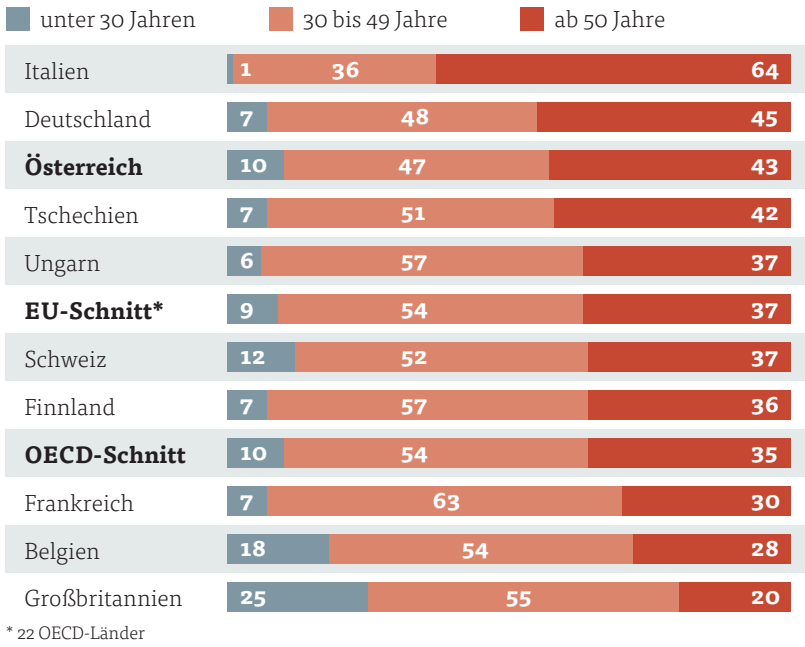
Österreich: Land der alten Lehrer

GENERATIONENWECHSEL. Alle Diskussionen zeigen überdeutlich: Die Qualität der Wissensvermittlung steht und fällt letztendlich mit den einzelnen Lehrerinnen und Lehrern, hat doch jeder noch Stunden gähnender Langeweile in Erinnerung, aber auch solche, die von der ersten Sekunde an faszinierten.

In puncto Personal steht uns nun ein großer Wechsel ins Haus. In Österreich nähern sich im OECD-Vergleich überdurchschnittlich viele Lehrer dem Pensionsalter. Insgesamt sind hierzulande 43 Prozent der Lehrer 50 Jahre oder älter, zeigt die Studie „Bildung auf einen Blick 2017“. OECD-weit sind es dagegen nur 35 Prozent.

Altersstruktur der Lehrer

Anteil der Lehrer in Prozent, 2015 (Zahlen gerundet)



* 22 OECD-Länder

Grafik: KEYSTONE, Quelle: APA/OECD

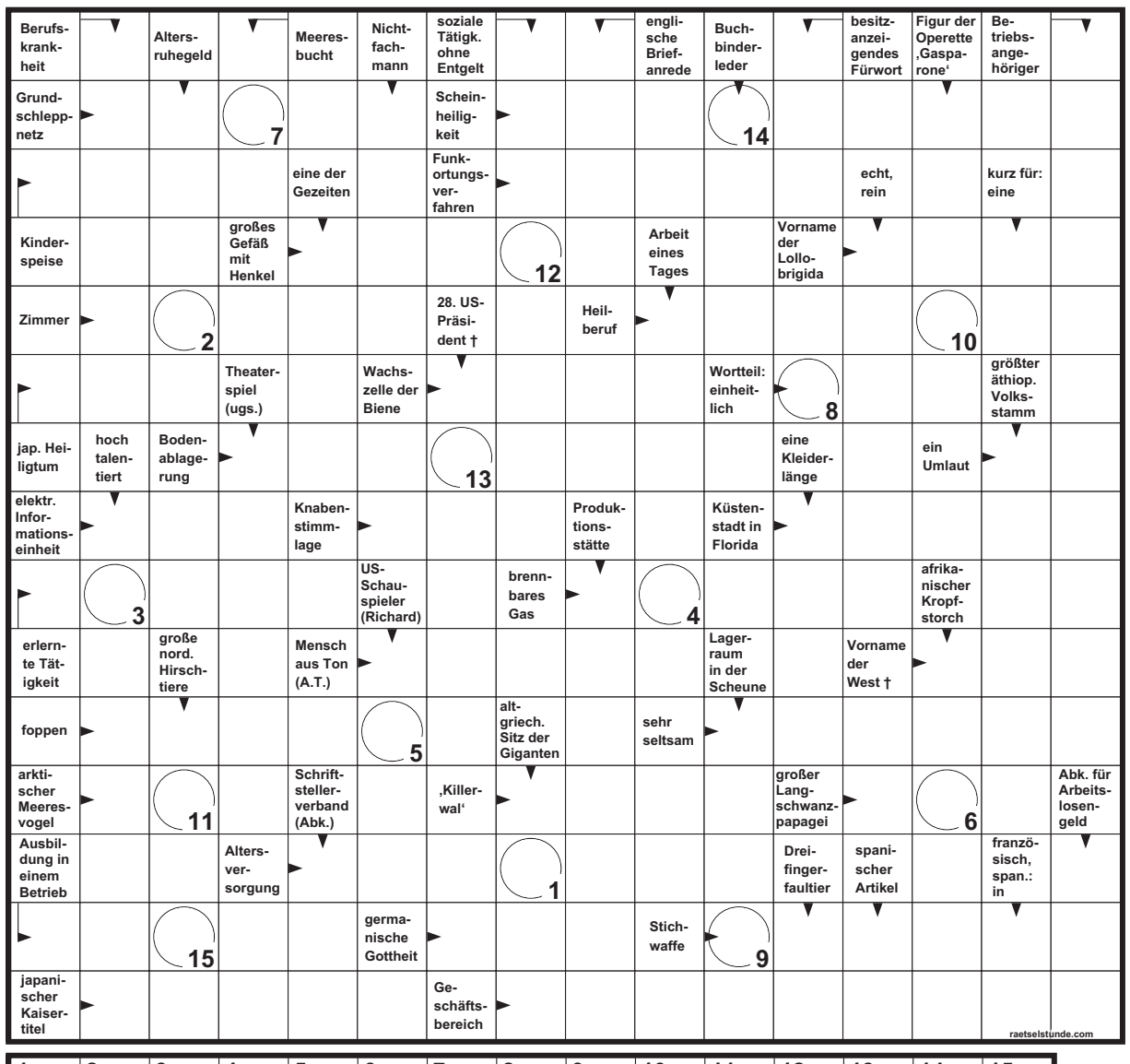
Italien an der Spitze

Einen besonders hohen Altersschnitt weisen die Lehrer in der Neuen Mittelschule (NMS) und AHS-Unterstufe auf: Dort sind in Österreich 48 Prozent der Pädagogen 50 Jahre oder älter (OECD: 36 Prozent). An den Oberstufenschulen (AHS-Oberstufe/BMHS) sind es 43 Prozent (OECD: 40 Prozent), an den Volksschulen fallen 37 Prozent (OECD: 32 Prozent) unter die „Silver Ager“. Das Land der Lehrer-Methusalems ist übrigens Italien: Dort gehören sogar 64 Prozent der Pädagogen der Generation 50plus an, nur ein Prozent ist jünger als 30.

Bildungsministerin Sonja Hammerschmid ist dennoch optimistisch, dass der durch die Pensionierungen entstehende Bedarf an Pädagogen in Österreich gedeckt werden kann. Derzeit stünden 4500 Pädagogen auf Wartelisten für eine Stelle im Schuldienst, 2500 davon im Volksschulbereich. Darüber hinaus habe man im Bildungsreformpaket bereits Maßnahmen gesetzt, um den Lehrberuf für Quereinsteiger zu attraktivieren. Und schließlich wolle man Personen aus der Kinder- und Jugendsozialarbeit ansprechen, um sie berufsbegleitend für den gemeinsamen Einsatz mit Pädagogen in der Klasse auszubilden. Probleme werde es wie schon derzeit aber in bestimmten Fächern wie Mathematik oder Physik geben. Da brauche man Quereinsteiger aus fachnahen Berufen: „Aber es sollte sich ausgehen.“

Hohe Ausgaben

Österreich gibt pro Schüler übrigens mehr aus als der OECD-Schnitt: Über die gesamte Schulzeit gerechnet sind das hierzulande 165.000 Dollar (rund 140.000 Euro, kaufkraftbereinigt), im OECD-Schnitt dagegen nur 125.000 Dollar (106.000 Euro). Auch dabei wirkt die hohe Altersstruktur der Lehrer verbunden mit dem Senioritätsprinzip bei den Gehältern mit.



▶ **Als Lösungswort** ist ein Begriff aus der Welt der Finanzen gesucht. Auflösung auf Seite 15

Franz Josef Köb moderiert die Reihe „Wissen fürs Leben“ in Feldkirch.

„Wissen fürs Leben“ feiert 100. Vortrag

Mit großen Schritten nähert sich das Jubiläum – Reinhard Haller tritt mit „Ver-rückt“ ans Pult.

JUBILÄUM. Mit Rudolf Taschners Vortrag „Woran glauben? 10 Angebote für aufgeklärte Menschen“ startete „Wissen fürs Leben“ in den Herbstzyklus 2017. Taschner gilt als einer der renommiertesten Wissenschaftler der Republik und wusste das Publikum in Feldkirch mit unerwarteten Zusammenhängen zwischen Wissenschaft und Religion zu unterhalten. Der Vortrag ist auf dem Youtube-Kanal der AK Vorarlberg zu sehen, die Audiodatei steht auf der AK-Homepage zur Verfügung.

100. „Wissen fürs Leben“-Vortrag

Auch Christian Schubert war schon zu Gast auf der „Wissen fürs Leben“-Bühne. Er zeigte auf, wie man das Zusammenspiel von Körper, Geist und Seele besser verstehen lernt. Der Arzt und Psychologe verdeutlichte die Zusammenhänge von chronischem Stress und den Auswirkungen, die er auf den menschlichen Körper hat. Dabei gab er auch konkrete Tipps, wie positive Gedanken und Handlungen die seelische Ausgeglichenheit und das innere Wohlbefinden stärken.

Am 16. Oktober wird Melanie Wolfers von der Kunst, mit sich selbst befreundet zu sein, berichten. Ihr Vortrag soll dabei helfen, sich nicht mehr selbst im Weg zu stehen und sich auf seine eigenen Stärken zu besinnen.

Ein ganz besonderer Leckerbissen wird der 100. Vortrag der Reihe, den Reinhard Haller bestreitet. Haller beleuchtet am 7. November unter dem Titel „Ver-rückt“ die Chancen und Gefahren des Abnormalen und Außergewöhnlichen. Er ist einer der Publikumsmagneten der Reihe und der Vortrag ist leider schon ausgebucht. Jedoch wird auch Hallers Vortrag auf dem Youtube-Kanal veröffentlicht. Der letzte Vortrag 2017 wird von Michael Tischinger gestaltet und soll mit zahlreichen Beispielen zur Selbstliebe animieren.

Der Eintritt zu den „Wissen fürs Leben“-Vorträgen ist frei, die AK bittet freilich um Anmeldung (siehe Kasten unten).

Fotos: Dietmar Mathis

Rudolf Taschner eröffnete mit seinem Vortrag „Woran glauben“ den Herbstzyklus 2017 der AK-Reihe „Wissen fürs Leben“.

„Wissen fürs Leben“ – Termine Herbst 2017

- Freunde fürs Leben – Von der Kunst, mit sich selbst befreundet zu sein. Melanie Wolfers, Montag, 16. Oktober 2017.
- Ver-rückt – Chancen und Gefahren des Abnormalen und Außergewöhnlichen. Reinhard Haller, Dienstag, 7. November 2017.
- Selbstliebe – Der Weg zur inneren Heilung. Michael Tischinger, Freitag, 17. November 2017.

Die „Wissen fürs Leben“-Vorträge finden jeweils um 19.30 Uhr im Saal der AK Vorarlberg in Feldkirch statt. Es wird um Anmeldung gebeten, der Eintritt ist frei. **Anmeldung** unter wissen@ak-vorarlberg.at oder 050/258-4026.

Dating übers Internet: Bezahlen für das Nichts

Die von der AK Vorarlberg aufgedeckte Praxis bei den Portalen von „HQ Entertainment Network“ ist die Spitze des Eisbergs – Fragwürdige Rolle eines Vorarlberger Geschäftsmanns und Parteien-Finanziers.

BETRUGSVERDACHT. Die AK Vorarlberg zieht mit Strafanzeigen gegen das auf Dating-Internetportale spezialisierte „HQ Entertainment Network“ und die Intercon Media GmbH zu Felde. Die Konsumentenschützer der Arbeiterkammer werfen HQ im Zusammenhang mit Sexkontaktseiten schweren Betrug vor. Und das WAP-Billing der Intercon entpuppte sich mehr als einmal als Abofalle. In beiden Fällen profitiert ein Nenzinger Geschäftsmann, der zugleich die neos finanziell unterstützt. Die neos wiederum wollen den gesetzlich geregelten Schutz der Konsumenten abschaffen.

Aber der Reihe nach.

Erfundene Kontakte in der Nähe

Mehrere Portale von HQ erwecken den Eindruck, User könnten bei Anmeldung Frauen, Männer oder Paare real treffen. Der Schein trügt, so Mag. Paul Rusching vom AK-Konsumentenschutz, der nach zahlreichen Beschwerden von Opfern den Versprechen genauer auf den Grund ging. „Auf den Seiten erscheinen automatisch Bilder von angeblichen Kontakten, die sich in der Nähe des Users, also zum Beispiel ‚bei Feldkirch‘ oder ‚im Montafon‘ befinden. Sucht man nach diesen Bildern im Internet, taucht mindestens die Hälfte dieser Bilder gleichzeitig auf einschlägigen Seiten in Dänemark, in der Schweiz, in ganz Europa auf.“

Es kann sich somit nicht um reale Personen „in deiner Umgebung“ handeln. Es sind Fake-Profile bzw. sogenannte CUser, das sind von HQ erstellte und betriebene Profile.

Millionengewinne für Betreiber

Damit lässt sich ganz schön Geld verdienen: Allein 2015 hat das Unternehmen über elf Millionen Euro Gewinn an seine Gesellschafter ausgeschüttet.

In den Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) der HQ werden solche Fake-Profile sogar erwähnt. Die AGB verheißen aber auch Kommunikation mit realen Menschen und eventuell reale Treffen. Das hat freilich seinen Preis. Wer sich anmeldet, muss für die Services bezahlen. Die Anzeige der AK Vorarlberg führt stellvertretend fünf Fälle an, in denen Männer zwischen 25 und 900 Euro bezahlen sollten. Zu Treffen mit realen Personen ist es dabei nie gekommen.

Abwicklung über die Schweiz

Am Beginn steht ein Lockangebot um wenige Euro. Damit sind bereits Kontodaten samt Zustimmung für Abbuchungen in der Hand von HQ. Das Finanzielle wird dann jedoch über eine in der Schweiz registrierte Webbilling AG abgewickelt, erklärt Rusching. Die Firma ist Konsumentenschützern schon seit Jahren im Zusammenhang mit anderen Unternehmen bekannt, sie ist quasi das Inkassobüro vieler unseriöser Plattformen. Eben auch von HQ Entertainment Network.

> *Sämtliche Fälle, in denen wir intervenierten, wurden zugunsten der Konsumenten bereinigt.*
>
> **Mag. Paul Rusching**
> AK-Konsumentenschutz

Anfällig für Abo-Fallen

Bei einem der Beteiligten, der über das Firmenkonstrukt mitverdient, handelt es sich nach AK-Recherchen um einen Nenzinger Geschäftsmann. Er beschäftigt die AK Vorarlberg nicht zum ersten Mal. Im Mai haben die Konsumentenschützer eine Anzeige wegen Verdachts des gewerbsmäßigen Betrugs eingebracht, in der es um WAP-Billing durch seine Firma Intercon Media GmbH & Co. KG geht. WAP-Billing ist die Bezahlung von Internetservices über die Handyrechnung – Ein System, das für Abo-Fallen anfällig ist. Intercon wies 2014 einen Bilanzgewinn von rund 3,8 Millionen Euro aus.

Die erwähnten beachtlichen Gewinne lassen auf eine hohe Dunkelziffer von Betroffenen schließen. Bei so heiklen Angeboten wie Sex- und Dating-Portalen spielt bei vielen Scham eine Rolle. „Es gibt keinen Grund dafür, sondern es ist wichtig, dieser Abzocke den Garaus zu machen“, sagt Paul Rusching und ruft weitere Betroffene auf, sich beim AK-Konsumentschutz zu melden. Eines hat sich nämlich auch gezeigt: Den Betreibern ist alles andere als an Aufsehen gelegen. „Immer dann, wenn wir von der AK intervenierten, konnten die Fälle zugunsten der Konsumenten bereinigt werden.“

Der Vorarlberger Geschäftsmann bestreitet sämtliche Vorwürfe. Die Anzeigen liegen bei den zuständigen Staatsanwaltschaften, bis zur Klärung gilt die Unschuldsvermutung.

▶ **AK-Konsumentenschutz:** Mag. Paul Rusching, 050/258-3048, paul.rusching@ak-vorarlberg.at

Foto: Fotolia

Skepsis im Blick? Vorbehalte gegen Dating-Portale sind erfahrungsgemäß auf jeden Fall angebracht.

Leider kein Einzelfall: Es gibt jede Menge Fake-Kontakte

Bei der AK häufen sich Beschwerden über C-Date und andere Anbieter.

ABZOCKE. Die Masche ist im Grunde immer dieselbe. Zahlreiche dubiose Anbieter preisen auf Internet-Portalen „reale Kontakte“ mit dem anderen Geschlecht an. Fräulein X und Herr Y würden sich ohnehin „in der Nähe“ befinden und sehnsüchtig darauf warten, dem Kunden zu dienen.

C-Date ist eines dieser Portale und nicht das einzige, das allein von der Firma Interdate SA betrieben wird. Sie sitzt in Luxemburg, womit bereits das erste Problem verbunden ist. Fühlt sich ein Kunde geprellt oder will einfach nur sein „Abo“ kündigen, antwortet C-Date ausschließlich auf Englisch. „Für manche Konsumenten ist das durchaus schwierig“, sagt Dr. Franz Valandro, Konsumentenschützer der AK Vorarlberg.

In Österreich verboten

Das Hauptproblem allerdings ist, dass C-Date „Abos“ für seine angeblichen Dienste ohne vorigen Hinweis automatisch verlängert. Im Gegensatz zu Deutschland ist das in Österreich untersagt. Valandro: „Auch wenn ein Konsument nachweislich von Österreich aus eine dieser Seiten aufruft und diese Seiten sogar eine ‚.at‘-Endung haben, stellt sich der Seitenbetreiber stur. Die Firma geht gar nicht darauf ein oder verweist auf angebliches Recht, das für Österreich jedoch nicht gilt.“

Spätestens ab diesem Zeitpunkt baut C-Date Druck auf und beauftragt das Inkassobüro Abilita GmbH in Regensburg, die – unrechtmäßigen – Forderungen einzutreiben. Dieses Inkassobüro ist Konsumentenschützern in anderen Zusammenhängen nur zu gut bekannt.

Teures Nicht-Vergnügen

Bei den Forderungen geht es keineswegs um Kinkerlitzchen. Ein „Premium“-Angebot bei C-Date kostet 39,90 Euro – pro Monat! Auf ein halbes Jahr abgeschlossen, verlangt C-Date rund 250 Euro für bestimmte Dienstleistungen.

Müßig, das extra zu betonen: Noch bei keinem der Konsumenten, die sich ratsuchend an die AK Vorarlberg gewendet haben, war auch nur ein einziges reales Treffen zustande gekommen.

▶ **AK-Konsumentenschutz:** Dr. Franz Valandro, 050/258-3048, franz.valandro@ak-vorarlberg.at

Auch Raiffeisen muss Zinsen zurückzahlen

Bereits in mehreren Verfahren hatte der Oberste Gerichtshof (OGH) bestätigt, dass Banken bei Krediten nicht einseitig eine Zinsuntergrenze in Höhe des Aufschlages festlegen dürfen. Manche Banken kündigten daraufhin an, die zu viel verrechneten Zinsen gutzuschreiben. Raiffeisen hingegen wollte die Entscheidung des Verfahrens gegen die Raiffeisenbank Bodensee abwarten. Nun liegt auch dieses Urteil des OGH vor – und es deckt sich mit den bisherigen zu dieser Causa. Der Verein für Konsumenteninformation (VKI) hatte bereits im Juni einen Musterbrief bereitgestellt und geklagt und freut sich, durch seine Initiative vielen Konsumenten geholfen zu haben. Immerhin hätten die österreichischen Banken in Summe 360 Millionen Euro an die Konsumenten zurückzuzahlen, berichteten Medien Anfang September.

Die Bank hat Auskunftspflicht

OGH-Entscheidung zum Verlassenschaftsrecht: Demnach muss eine Bank dem Gerichtskommissär über ein auf den Erblasser als Kunden identifiziertes Sparbuch Auskunft erteilen, auch wenn die Sparurkunde unauffindbar ist. Die betreffende Bank hatte zwar bekannt gegeben, dass sie ein entsprechendes Sparkonto führe, jedoch die Auskunft über die Kontonummer und den Kontostand verweigert.

Länge der direkten Verbindung zählt

Für den Fall, dass Flüge annulliert werden, Fluggästen die Beförderung verweigert wird oder sie ihr Endziel mit einer großen Verspätung (ab drei Stunden) erreichen, sieht die Fluggastrechte-Verordnung unter anderem einen Anspruch auf sogenannte Ausgleichsleistungen, also Entschädigungszahlungen von 250, 400 bzw. 600 Euro pro Fluggast, vor. Die Anspruchshöhe bemisst sich nach der Flugdistanz. Zuletzt war ein Rechtsstreit darüber entbrannt, was dabei zählt. Der Europäische Gerichtshof hat nun klargestellt, dass bei einer Umsteigeverbindung mit Anschlussflügen nicht die einzelnen Flugstrecken zu addieren sind, sondern die Distanz der Direktverbindung für die Höhe der Ausgleichszahlungen maßgeblich ist.

Gericht nimmt Parship in die Pflicht

Der Verein für Konsumenteninformation (VKI) klagte die PE Digital GmbH, die unter anderem das Partnervermittlungsportal Parship betreibt. Der OGH hat nun bestätigt, dass die gesetzlich geforderte nochmalige Information vom drohenden Ablauf der Kündigungsfrist deutlich erteilt werden muss: Eine dazu versandte E-Mail reicht nicht aus.

AK COMPUTER-TIPP

von Oliver Fink, Leiter der EDV-Abteilung der AK Vorarlberg

Capture2Text

Bei diesem Programm handelt es sich um eine sogenannte OCR-Software (Optical Character Recognition). Das heißt, grafischer Text wird in bearbeitbaren Text umgewandelt. Dadurch müssen Sie nicht mühsam den ganzen Text aus der Grafik abtippen – Sie lassen das Capture2Text machen. Das Programm kann von der Homepage des Herstellers (http://capture2text.sourceforge.net/) frei heruntergeladen werden. Dabei handelt es sich um eine ZIP-Datei, die Sie in einen beliebigen Ordner auf Ihrem PC entpacken und direkt per Doppelklick auf „Capture2Text.exe“ starten können.
Es erscheint ein zusätzliches Symbol in der Symbolleiste. Per Rechtsklick auf dieses Icon können Sie die OCR-Sprache auf Deutsch umstellen. Wenn Sie nun Windows-Taste + Q drücken, ändert sich der Mauszeiger und Sie können direkt am Bildschirm den zu erkennenden Text auswählen. Das Ergebnis wird in einem Pop-up-Fenster angezeigt und in die Zwischenablage kopiert. Sie können diesen Text nun in Ihrer Textverarbeitung einfügen und bearbeiten. Capture2Text ist OpenSource und darf frei verwendet und weitergegeben werden.

▶ **E-Mail:** oliver.fink@ak-vorarlberg.at

Routenplaner-Abo: Der nächste Anlauf

Unsinn bleibt Unsinn. Die Routenplaner-Abofalle trägt ein neues Kleid. „maps.routenplaner.pro“, betrieben von der Fake-Firma Digital Development GmbH, droht Konsumenten mit Pfändung aufgrund eines Vollstreckungsurteils bei Gericht. Grund sei eine nicht bezahlte Rechnung. Wie immer gebe es noch einen einzigen Ausweg: die Bezahlung per Amazon-Gutschein. Und wie immer gilt auch hier der dringende Rat der AK-Konsumentenschützer: Kein Angst vor den Abzockern und keinesfalls bezahlen!

Kurz gemeldet …

- Heuer verzeichnete die Regulierungsbehörde RTR ein Drittel mehr Reklamationen über Paketzustellungen als im Vorjahr.
- AK-Preismonitor: Günstige Lebens- und Reinigungsmittel kosten um knapp zwölf Prozent mehr als noch im Vorjahr.
- Der Zwang, ein unverlangtes Testabo abbestellen zu müssen, ist gesetzeswidrig, so das Gericht in einem Verfahren gegen die Tageszeitung „Österreich“.

Fotos: Fotolia, VKI

Gerade im Wachstumsalter ist es wichtig, geeignetes und passendes Schuhwerk zu tragen.

AKtion

Marke	Schuhgröße	Gekauft bei
Richter	31	Humanic
superfit	31	Humanic
GehGuTiGut	35	GEA
bama	35	Reno
Primigi	31	Humanic
Ecco	35	Delka
Lasocki	35	CCC
Mustang	35	SHOE4YOU
bisgaard	35	Le Petit Cho
elefanten	31	Deichmann
Skechers	35	SHOE4YOU
Magic Lady	31	CCC
D-Signes by Disney	31	Deichmann
Graceland	31	Deichmann
Geox Respira	31	SHOE4YOU
KIDZ alive	31	Hofer
funky girls	35	SHOE4YOU
STARWARS	31	CCC
Agaxy	35	Deichmann
Boyz	35	SHOE4YOU

Zeichenerklärung: [1)] führt zur Abwertung
Beurteilungsnoten: sehr gut (++), gut (+), dur
... für SCHADSTOFFE: nicht nachweisbar (++)
Prozentangaben = Anteil am Endurteil **Preis**

Nur ei gut“ i

Kinder lieben bunte und styl frei von Schadstoffen? Die A

VKI-TEST. Vor allem bei Schuhen für die ganz Kleinen steppt der Bär. Lichteffekte, Prinzessinnenglitzer, Comic-Lieblinge – alles ist möglich. Und bunt geht es auch bei den trendigen Tretern für die Größeren zu. Doch Schuhe sollten die Füße vor allem schützen und unterstützen. Weil beides nicht immer zusammenpasst, kann das beim Schuhkauf zu emotionsgeladenen Diskussionen führen. Eltern brauchen da gute Nerven – und Hintergrundwissen. Der aktuelle Test des Vereins für Konsumenteninformation (VKI) zeigt: Auch ein hoher Preis ist keine Garantie dafür, dass ein Schuh dem Kinderfuß tatsächlich guttut: Sagenhafte 104 Euro kostet das teuerste Modell, das es gerade einmal ins Mittelfeld schaffte.

Kein Grund zum Jubeln

Nicht nur beim teuren „Bisgaard“, auch insgesamt sind die Testergebnisse kein Grund zum Jubeln. 20 Paar Halbschuhe beziehungsweise Sneaker mit und ohne Schnürung in den Größen 31 bis 35 wurden eingekauft. Nur ein einziges Modell, nämlich jenes von Richter, schaffte ein „Sehr gut“ (siehe Tabelle).

Schwachpunkt Sohle

Die Sohle muss nicht nur schützen, sondern auch stützen. Ist sie zu biegsam, bietet sie dem Fuß keinen Halt, was zur Überlastung der Muskulatur führt. Biegen sollte sich die Sohle aber ausschließlich hinter den Zehen, am sogenannten Ballenbiegepunkt. Ist sie dort zu steif, behindert sie den Fuß beim Abrollen.

Kinderschuhe werden nach wie vor kaum sowohl mit Längen- als auch mit Breitenangabe ausge-

Testergebnisse Kinderschuhe
bei gleicher Punktezahl Reihung alphabetisch

Richtpreis in €	Testurteil (Erreichte von 100 Prozentpunkten)	QUALITÄT 10 %	ORTHOPÄDISCHE BEURTEILUNG 50 %	PASSFORM 35 %	SCHADSTOFFE 5 %
74,95	**sehr gut** (85)	+	++	++	++
79,95	**gut** (79)	+	+	++	++
69,–	**gut** (76)	++	++	o	+
49,95	**gut** (66)	+	o	++	++
79,95	**gut** (66)	o	+	+	+
89,95	**gut** (63)	++	+	o	+
24,95	**durchschnittlich** (57)	+	o	+	+
39,95	**durchschnittlich** (47)	o	–	o	++
104,–	**durchschnittlich** (44)	+	–	o	+
54,90	**durchschnittlich** (42)	+	++	++	o[1)]
49,95	**durchschnittlich** (40)	o	–	o	+
19,95	**weniger zufriedenstellend** (30)	+	– –	+	–[1)]
27,90	**weniger zufriedenstellend** (29)	+	o	+	–[1)]
19,90	**weniger zufriedenstellend** (27)	o	o	o	–[1)]
69,95	**weniger zufriedenstellend** (26)	+	++	+	–[1)]
10,99	**weniger zufriedenstellend** (24)	+	–	+	–[1)]
44,95	**weniger zufriedenstellend** (23)	+	o	o	–[1)]
24,95	**weniger zufriedenstellend** (23)	++	++	+	–[1)]
16,90	**weniger zufriedenstellend** (21)	+	o	+	–[1)]
39,95	**nicht zufriedenstellend** (19)	++	o	o	– –[1)]

© VKI

rchschnittlich (o), weniger zufriedenstellend (–), nicht zufriedenstellend (– –)
, gering (+), durchschnittlich (o), hoch (–), sehr hoch (– –)
se: März 2017

in „Sehr m Zeugnis

ishe Schuhe. Aber passen sie ihnen auch? Und sind sie Ktion sagt Eltern, worauf zu achten ist.

zeichnet. Top sind hier nur Richter, Superfit und Elefanten. Beim großen Rest gibt es dagegen Verbesserungsbedarf. Tipp: Eltern sollten beim Schuhkauf vor allem ganz genau schauen, ob die Schuhlänge passt. Die Sprösslinge spüren keine Schmerzen, weil der Druck im Schuh relativ großflächig wirkt. Er nimmt durch das Fußwachstum auch nur langsam zu und wird deshalb nicht als unangenehm empfunden. Der sehr formbare kindliche Fuß gibt dem Druck im Schuh nach und wird damit allmählich in die Fehlstellung gedrängt.

Gift im Schuh

Kinderschuhe müssen nicht nur passen, sondern sollten auch frei von Schadstoffen sein. Besonders heikel ist hier Chrom VI, das beim Gerben von Leder entstehen kann. Es darf in Lederwaren, die mit menschlicher Haut in Berührung kommen, nicht enthalten sein, weil dadurch Allergien ausgelöst werden können. Erfreulicherweise war in keinem Testschuh Chrom VI nachweisbar.

Problematisch ist die Lage bei den polyzyklischen aromatischen Kohlenwasserstoffen (PAK), die durch Weichmacheröle oder Ruß in Materialien gelangen können. Acht dieser PAK werden als krebserregend eingestuft. Bei Boyz wurden hohe Gehalte von zwei dieser gefährlichen PAK festgestellt. Auch andere Modelle sind mit PAK belastet. Sie haben in Kinderschuhen einfach nichts verloren!

Weder Preis noch klingender Markenname oder kultiges Design garantieren einen tadellosen Kinderschuh. Auch wenn die Modelle alle anders aussehen, herrscht doch wenig Vielfalt. Die meisten Kinderschuhe kommen aus Fernost und ihre für die Passform entscheidende Innenausstattung wird häufig „über nur einen Leisten geschlagen". Auch kompetente Beratung im Geschäft ist inzwischen Mangelware, weil qualifiziertes Fachpersonal im Verkauf kaum noch anzutreffen ist.

▶ **Detaillierte Testergebnisse:** (kostenpflichtig) www.konsument.at/kinderschuhe092017

KONSUMENTEN-TIPP

Sohle raus oder Schablone rein

Die Passform eines Schuhs können Eltern mit der Einlegesohle überprüfen. Dafür die Sohle aus dem Schuh nehmen und das Kind draufstellen. Bleiben vor der längsten Zehe noch rund 15 Millimeter Platz, stimmt die Länge. Die Sohlenbreite im Fersenbereich muss der Ferse entsprechen. Im Vorfußbereich kann der belastete Fuß ein wenig über die Sohle hinausreichen, weil der Schuh breiter ist als die Einlegesohle. Das Problem: Nicht bei allen Schuhmodellen kann die Sohle herausgenommen werden. In diesem Fall können Eltern die Passform eines Schuhs mit einer Schablone überprüfen: Das Kind daheim auf einen Karton stellen, den Umriss der Füße nachzeichnen, an der längsten Zehe 12 bis 17 Millimeter dazugeben, ausschneiden. Die Schablonen müssen sich mit den Schuh-Innensohlen decken. Ergeben sich Abweichungen in Länge oder Breite, ist das Modell ungeeignet.

Einseitiges Risiko bei Ticketbörse Viagogo

Viagogo erweckt den Eindruck eines offiziellen Ticketverkaufs. In Wahrheit geht es um Privatgeschäfte. Konsumenten sollten sich des Risikos bewusst sein.

KARTENVERKAUF. Österreichweit häufen sich bei der Arbeiterkammer die Beschwerden über den Ticketvermittler Viagogo. „Der endgültige Kaufpreis ist oft deutlich höher als am Anfang angezeigt, dazu kommt, dass es keine Sicherheit gibt, ob die gekauften Tickets rechtzeitig eintreffen und für diese Veranstaltung überhaupt gültig sind", so AK-Konsumentenschützerin Dr. Nina Ederer. Denn: „Viele meinen, es handle sich bei Viagogo um einen offiziellen Ticketanbieter. Die Website ist auch dementsprechend aufgebaut. Tatsächlich aber handelt es sich bei Viagogo um eine Online-Plattform, auf der Privatleute mit bereits erworbenen Tickets handeln."

Hinweise darauf findet man lediglich im Kleingedruckten.

Rechte schwer durchzusetzen

Das hat verschiedene Konsequenzen. Ederer: „Beim Kauf über Viagogo schließen Sie den Vertrag mit einem privaten, Ihnen unbekannten Verkäufer. Im Grunde sind Sie auf dessen Redlichkeit angewiesen." Zudem sei zu bedenken, dass Tickets heute personalisiert sein können. „Gerade wenn ein Ticket zum Herunterladen und Selbstausdrucken angeboten wird, heißt es vorsichtig sein. Es kann sein, dass man nicht der einzige Käufer ist. Zugang zum Event hat dann derjenige, dessen Ausdruck als erster beim Eingang eingescannt wird."

Gerade weil mit Karten für Konzerte, Festivals, Fußballspiele und andere Events immer mehr Schindluder getrieben wird, gehen viele Veranstalter den Weg personalisierter Tickets und erlauben den Ticketverkauf nur offiziellen Händlern.

Zweifelhafte Garantie

Über die Herkunft der Tickets lässt Viagogo potenzielle Käufer im Unklaren. Vielmehr erweckt Viagogo den Eindruck, selbst offzielle Ticketverkaufsstelle zu sein. Es wird sogar mit einem Garantieversprechen geworben („Sollte es Schwierigkeiten geben, kümmert sich Viagogo darum …"). „Ein näherer Blick in die Allgemeinen Geschäftsbedingungen lässt an der einfachen Durchsetzbarkeit der Garantieansprüche zweifeln", sagt Ederer, „die konkreten Bedingungen hier sind nämlich einseitig zugunsten von Viagogo formuliert."

Zeitdruck und Gebühren

Es gibt drei weitere Punkte, die stutzig machen. So setzt Viagogo mit allerlei Gimmicks die Besucher der Website unter Druck, sofort zu buchen. Durch diverse Gebühren erhöht sich der anfangs angezeigte Preis von Buchungsschritt zu Buchungsschritt. Ederer: „Es ist keine Transparenz gegeben, wie hoch der Gesamtpreis am Ende ist." Und dann noch die Erfahrung der Konsumentenschützer: In der Regel beantwortet die in der Schweiz ansässige Firma Beschwerden nicht.

Sucht man bestimmte Tickets, sollte man immer zuerst auf der Veranstalter-Homepage nachsehen. Dort wird meist der offizielle Link zum Ticketverkauf angezeigt. Doch auch dort gilt: unbedingt das Kleingedruckte lesen, z. B. für Storno oder den Fall einer Absage.

▶ **AK-Konsumentenschutz:** Dr. Nina Ederer, 050/258-3000, nina.ederer@ak-vorarlberg.at

Foto: Fotolia

Live seine Lieblinge erleben – sich bei Viagogo dafür Karten zu besorgen ist teuer und risikoreich.

Handwerkertrupps unterwegs

AK-Konsumentenberater warnen: Vorsicht bei unseriösen Angeboten.

SANIERUNGEN. Einmal mehr sind unseriöse Handwerker im Ländle auf der Suche nach gutgläubigen Mitbürgern, die auf ihre Masche hereinfallen. Mit Broschüren, Markenprodukten und Vorher-nachher-Bildern werben sie für Sanierungsarbeiten rund ums Haus und fürs Dach. Wie immer warnen die AK-Konsumentenschützer: Nicht abzocken lassen!

Mit ihrer Dachbeschichtung versprechen sie nicht nur eine schönere Optik und einen höheren Wert der Immobilie, sondern auch „mindestens 15 bis 20 Jahre Ruhe". So ganz stimmt das mit der Ruhe nicht, denn sie kommen wieder – die fahrenden Handwerker sind in Vorarlberg alle paar Monate aktiv und bieten meist minderwertige Arbeit zu angeblich günstigen Preisen an.

Spärlich mit Informationen

Zwar findet man eine Telefonnummer in der übergebenen Broschüre, doch es werden keine weiteren Informationen zu den Handwerkern, der Firma oder Sonstigem angegeben. Das lässt die AK-Konsumentenberater an der Seriosität dieser Arbeiter zweifeln. Denn die Erfahrung zeigt, dass üblicherweise Abzocke dahintersteckt.

Stehen die unbestellten Handwerker bereits vor der Tür, rät die AK-Konsumentenberatung, sich nicht unter Druck setzen zu lassen, Arbeiten am Haus keinesfalls zu genehmigen und jedenfalls keine Anzahlungen zu leisten. Im Zweifelsfall holen Sie sich einen Kostenvoranschlag von ansässigen Unternehmen für die Leistung ein, um das Angebot zu überprüfen.

Vorarlberger Arbeitnehmer müssen äußerst mobil sein

70 Prozent der rund 168.000 unselbständigen Vorarlberger Erwerbstätigen pendeln – Feldkircher auch in Sachen Grenzgänger „Spitzenreiter“ – Österreichweit nimmt die Zahl der berufsbedingten Pendler leicht ab, in Vorarlberg zu.

BEWEGLICH. Natürlich lauten die Wortspenden, wenn einer in Lochau wohnt und in Götzis arbeitet, noch immer: „Was, so weit?“ Dabei hat die Wirklichkeit die kleine Entrüstung längst überholt. In Vorarlberg arbeiten mehr als zwei Drittel der Arbeitnehmer außerhalb ihres Wohnortes. Damit zählen die Vorarlberger zu den mobilsten Österreichern.

Das belegt die abgestimmte Erwerbsstatistik der Statistik Austria. Seit 2008 umfasst diese Erhebung alle Erwerbstätigen, Arbeitslosen und Nicht-Erwerbspersonen in Österreich. Sie enthält Daten zu Demografie, Erwerbstätigkeit, Bildung und Pendeln sowie Haushalten und Familien. Die AKtion nimmt die Pendler in Vorarlberg genauer unter die Lupe.

In Vorarlberg wohnen insgesamt knapp 168.000 unselbständig Erwerbstätige. 70 Prozent der Arbeitnehmer pendeln, am meisten jene, die im Bezirk Feldkirch wohnen, am wenigsten Arbeitnehmer mit Wohnsitz in Dornbirn. Gependelt wird in jedem dritten Fall in eine andere Gemeinde des Wohnbezirks, wobei die im Bezirk Bludenz wohnhaften Pendler am häufigsten in einer anderen Gemeinde ihres Bezirks arbeiten. Im Bezirk Feldkirch wohnen die meisten Grenzgänger, im Bezirk Bregenz die wenigsten, hier wohnt auch jeder dritte Arbeitnehmer in Vorarlberg. Ins Ausland pendeln Arbeitnehmer aus dem Bezirk Feldkirch am häufigsten, mit 7000 Arbeitnehmern sind es gleich viele wie in den anderen Bezirke zusammen.

Mobilität stark gestiegen

Die berufsbedingte Mobilität der unselbständigen Erwerbsbevölkerung hat in Vorarlberg seit 2009 um zwei Prozent zugenommen und betrug 2015 exakt 70,15 Prozent bzw. 117.705 Arbeitnehmer. Österreichweit nimmt die Zahl der berufsbedingten Pendler leicht ab.

Interessant ist ein Vergleich zu Studien der AK Vorarlberg aus 1974 und 1995. Damals lagen die Pendlerquoten bei 37,8 bzw. 50,7 Prozent.

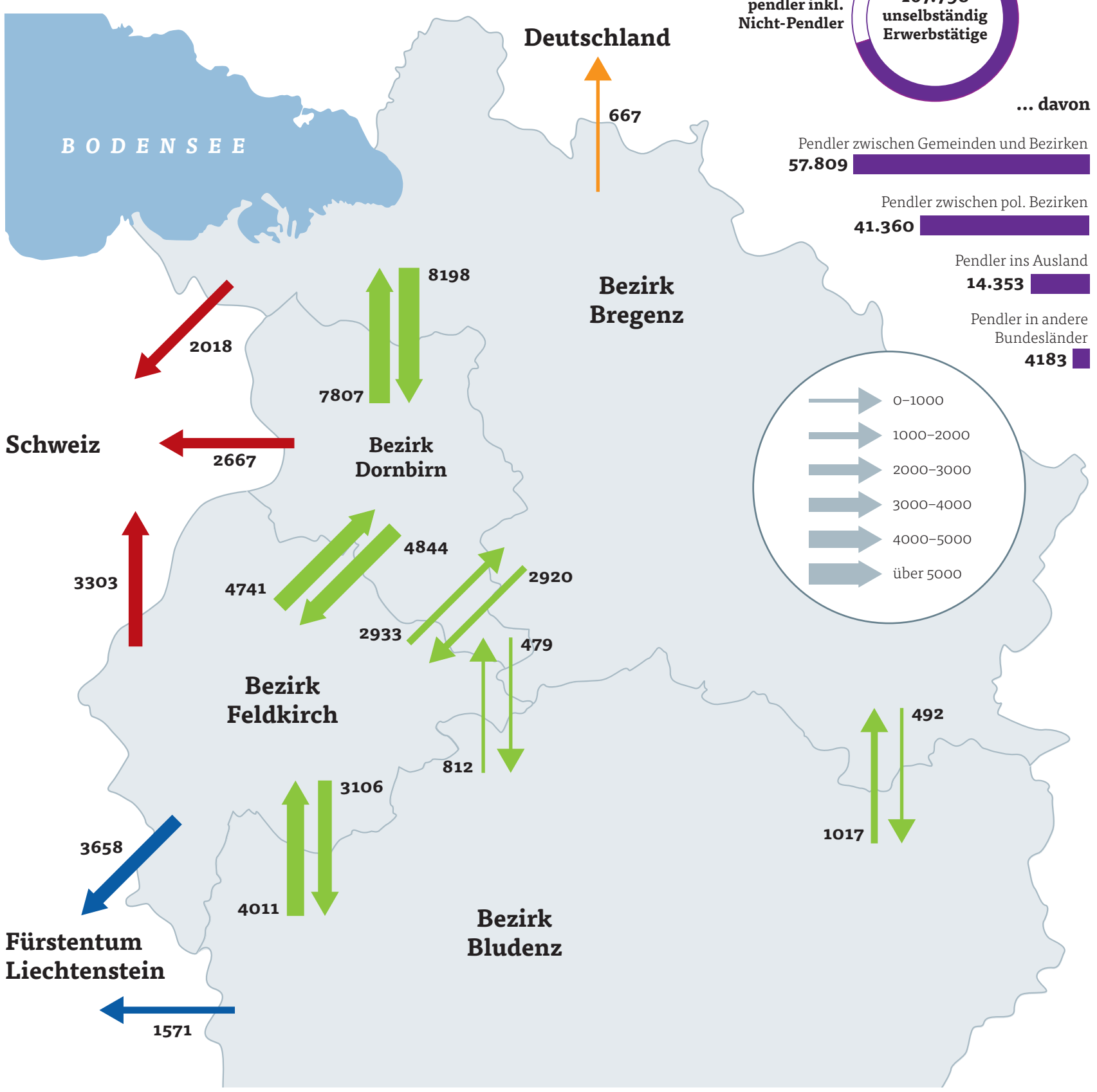
Die meisten Grenzgänger

14.353 oder 8,55 Prozent der knapp 168.000 in Vorarlberg wohnhaften Arbeitnehmer arbeiteten zum Stichtag der Statistik 2015 im Ausland. Das ist österreichweit der mit Abstand höchste Wert. Bundesweit ist nicht einmal ein Prozent der hier wohnhaften Arbeitnehmer im Ausland beschäftigt.

Drei Einpendlerzentren

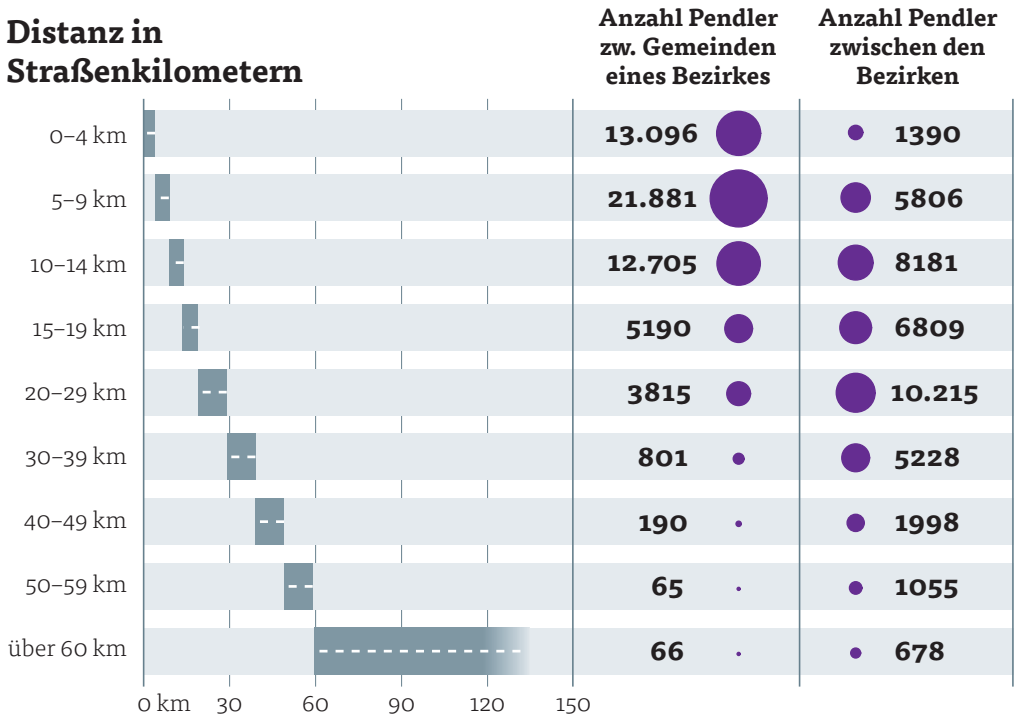
32.348 Arbeitnehmer, das sind 32,6 Prozent aller Auspendler in Vorarlberg, verlassen ihre Wohngemeinde, um ihren Arbeitsplatz in einem der drei größten Einpendlerzentren aufzusuchen, in den Städten Dornbirn, Bregenz oder Feldkirch. In diesen drei Einpendlerzentren arbeiten insgesamt 54.690 Arbeitnehmer, was 35 Prozent aller Arbeitnehmer in Vorarlberg ausmacht.

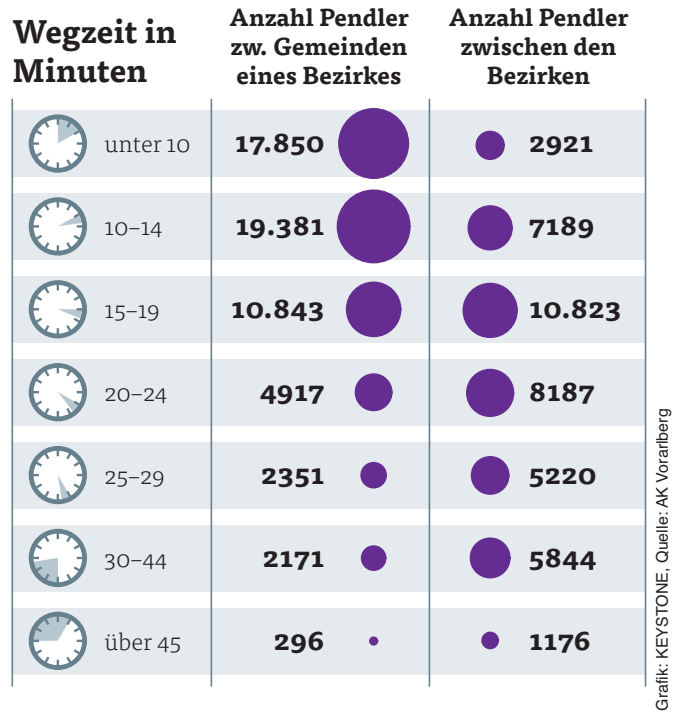
Pendlerströme 2015



Wegzeiten und Distanzen

Die Daten ermöglichen auch eine Analyse der Wegzeiten zum Arbeitsort. Die Hälfte der Arbeitswege in Vorarlberg nimmt weniger als 15 Minuten in Anspruch (berechnet für den motorisierten Individualverkehr). 9500 Arbeitnehmer müssen mehr als 30 Minuten für den Weg zur Arbeit einkalkulieren. Für 63 Prozent der Arbeitnehmer, die außerhalb ihres Wohnortes arbeiten, liegt der Arbeitsplatz bis zu 15 Kilometer entfernt. Weitere 26 Prozent legen für die Fahrt vom Wohnort zum Arbeitsplatz zwischen 15 und 30 Kilometer zurück. Für zehn Prozent beträgt die Distanz mehr als 30 Kilometer.





Grafik: KEYSTONE, Quelle: AK Vorarlberg

AK VORARLBERG SETZT SICH FÜR INITIATIVE „BAHN IN ROT-WEISS-ROT“ EIN

Kein Bahn-Ausverkauf! „Wir haben eine gute Bahn, und die muss rot-weiß-rot bleiben“, darin ist sich der Vorstand der AK Vorarlberg einig. Die AK unterstützt die Initiative „Bahn in rot-weiß-rot“ der Verkehrs- und Dienstleistungsgewerkschaft vida und des Fachverbandes der Schienenbahnen der Wirtschaftskammer. Die Sozialpartner kämpfen gemeinsam für das im EU-Vergleich preiswerte und pünktliche Bahnsystem, das täglich 400.000 Pendlerinnen und Pendler zur Arbeit bringt und auch bei den Fernreisenden punktet. „Damit werden außerdem etwa 66.000 fair bezahlte Jobs in allen Regionen Österreichs gesichert“, so AK-Präsident Hubert Hämmerle. Die Initiative „Bahn in rot-weiß-rot“ kämpft für die „Direktvergabe“ von Bahn-Aufträgen: Bisher können Städte, Länder und der Bund Bahnverkehrsaufträge direkt an Unternehmen vergeben, an die ÖBB, aber auch an kleinere Privatbahnen wie etwa die Salzburger Landesbahn. Aber immer wieder gibt es Versuche, diese Direktvergaben zu verbieten und durch internationale Ausschreibungen zu ersetzen.

Foto: Jürgen Gorbach / AK

Drei junge Facharbeiter bei der WM in Abu Dhabi

Drei junge Vorarlberger Facharbeiter nehmen an den WorldSkills 2017 in Abu Dhabi teil – Berufsweltmeisterschaften mit 1200 Bewerbern aus aller Welt – AK-Lehrlingsbetreuerinnen drücken ihnen die Daumen

DIE BESTEN. Abu Dhabi – der Name steht für glühende Wüste und künstliche Inseln, eine schillernde Skyline und Luxus wie aus dem Märchenland. Aber für all das werden David Blank, Simon Winder und Michael Fink kaum Augen haben. Von 15. bis 18. Oktober treten die drei zusammen mit 37 anderen jungen Fachkräften aus Österreich zu den Berufsweltmeisterschaften in Abu Dhabi an.

Foto: SkillsAustria

von links: David Blank (Schweißtechniker, Cernenschek Walter GmbH), Simon Winder (Karosseriebautechniker, Karosserie Akademie Alberschwende), Michael Fink (Maschinenbautechniker, Blum)

Starke Konkurrenz

Was für ein Augenblick: Alles in allem kämpfen mehr als 1200 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus 76 Ländern in rund 50 Wettbewerben um die Weltmeistertitel. Jugendliche aus aller Welt im Alter bis 22 Jahre haben hier die Gelegenheit, ihr fachliches Können in rund 50 Wettbewerbsberufen auf internationalem Parkett unter Beweis zu stellen. Mehr als 100.000 Besucher werden erwartet. Da heißt es Nerven bewahren.

Aber die drei sind jung, in ihren Berufen erfolgreich und hoch motiviert: Dies verbindet den 20-jährigen Schweißtechniker David Blank aus Egg, den 20-jährigen Karosseriebautechniker Simon Winder aus Alberschwende sowie den Maschinenbautechniker Michael Fink (20) aus Riefensberg. Und sie haben sich seit Jahresbeginn auf die Weltmeisterschaften vorbereitet. Über erfolgreiche Landes- und Bundeswettkämpfe mussten sie sich für Abu Dhabi qualifizieren. Dabei erfuhren sie große Unterstützung von ihren Arbeitgebern Cernenschek Walter GmbH, Karosserie Akademie und Julius Blum GmbH. Das rot-weiß-rote Team in Abu Dhabi umfasst 40 Fachkräfte (darunter sieben Damen) in 36 Berufen.

Die AK drückt allen Teilnehmern, vor allem aber den drei jungen Vorarlbergern die Daumen!

▶ **Alle Infos im Web unter** https://www.worldskills.org/

AK VORARLBERG SETZT SICH FÜR INITIATIVE „BAHN IN ROT-WEISS-ROT“ EIN

Freie Fahrt zur Lehre

In Vorarlberg sind Lehrlinge dank AK, WK und Verkehrsverbund mit geringem Selbstbehalt mobil

ATTRAKTIV. Lehrlinge können ab Unterzeichnung des Lehrlingsantrags zum Selbstbehalt von 19,60 Euro mit allen öffentlichen Verkehrsmitteln von zu Hause in den Betrieb fahren. Wenn Berufsschule und Arbeitsplatz nicht auf der gleichen Strecke liegen, können sie auch für den Weg in die Berufsschule eine Freifahrt in Anspruch nehmen, sofern sie in Vorarlberg liegt. Hier ist seit 2010 kein Selbstbehalt mehr fällig, nachdem sich Arbeiterkammer, Wirtschaftskammer und Verkehrsverbund erfolgreich für die Befreiung eingesetzt haben. Zum Preis von nur 80 Euro sind Lehrlinge auch in ihrer Freizeit in ganz Vorarlberg mit Bus und Bahn unterwegs.

Foto: ÖBB

Lehrlinge profitieren in Vorarlberg vom attraktiven Angebot.

▶ **Infos und Anträge** stehen unter akbasics.at online bzw. zum Download bereit.

AK-BADETUCH ZUM LEHRLINGSSTART

Foto: Land Vorarlberg

Alle Jugendlichen, die dieser Tage eine Lehre angefangen haben, werden natürlich auch von ihrer AK willkommen geheißen. Das „Starter-Kit“, ein kleines Handbuch zur Lehre, verrät ihnen alles über ihre Rechte und Pflichten, und ein Badetuch, gestaltet vom Karikaturisten Gerhard Haderer, können sie gratis anfordern.

JETZT FAN WERDEN!
Find us on Facebook
facebook.com/akvorarlberg

AK LEHRLINGS-TIPP

von Christine Raggl, Leiterin der Lehrlingsabteilung der AK Vorarlberg

Rechte und Pflichten

Viele Jugendliche sind im September in ihr Berufsleben gestartet und haben eine Lehre begonnen. Mit dem Lehrzeitbeginn haben sowohl Lehrlinge als auch der Lehrbetrieb Pflichten, die im Berufsausbildungsgesetz geregelt sind, zu erfüllen. Lehrlinge haben sich einerseits zu bemühen, die Fertigkeiten und Kenntnisse, die für die Erlernung des Lehrberufes notwendig sind, zu erwerben, und andererseits auch die ihnen übertragenen Aufgaben ordentlich zu erfüllen. Ebenfalls sind Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse zu wahren. Im Falle einer Erkrankung ist der Lehrberechtigte umgehend zu verständigen und eine Krankmeldung vorzulegen. Auch Zeugnisse der Berufsschule sind unverzüglich nach Erhalt vorzulegen. Hefte und insbesondere Schularbeiten muss der Lehrling ebenfalls auf Verlangen herzeigen. Sollten Fragen im Zusammenhang mit dem Lehrverhältnis auftreten, steht die Lehrlings- und Jugendabteilung der AK gerne zur Verfügung.

▶ **Information und Beratung:** www.akbasics.at

Auflösung des Rätsels von Seite 10

■	S	■	B	■	■	■	E	D	■	■	I	■	■	■	M
■	T	R	A	W	L	■	H	E	U	C	H	E	L	E	I
B	R	E	I	■	A	■	R	A	D	A	R	■	U	■	T
■	E	N	■	E	I	M	E	R	■	L	■	G	I	N	A
■	S	T	U	B	E	■	N	■	P	F	L	E	G	E	R
I	S	E	■	B	■	W	A	B	E	■	U	N	I	■	B
■	■	■	S	E	D	I	M	E	N	T	■	U	■	A	E
■	B	I	T	■	A	L	T	■	S	■	M	I	A	M	I
B	E	R	U	F	■	S	■	B	U	T	A	N	■	H	T
■	G	■	E	■	G	O	L	E	M	■	X	■	M	A	E
■	N	E	C	K	E	N	■	T	■	B	I	Z	A	R	R
■	A	L	K	■	R	■	O	R	K	A	■	A	R	A	■
■	D	C	■	P	E	N	S	I	O	N	■	■	A	■	A
L	E	H	R	E	■	A	S	E	■	S	A	E	B	E	L
■	T	E	N	N	O	■	A	B	T	E	I	L	U	N	G

Das gesuchte Lösungswort heißt: STEUERAUSGLEICH

TREFFPUNKT AK VORARLBERG Menschen bewegen

ZAHL DES MONATS. Mit 16,9 Prozent (Eurostat) ist die Jugendarbeitslosigkeit im EU-Raum noch immer viel zu hoch. In Griechenland liegt sie sogar bei 45, in Spanien bei 38 Prozent.

16,9

HERO. 6,4 Millionen Menschen sind am 15. Oktober wahlberechtigt. Lauter Helden der Demokratie, wenn sie ihr Privileg erkennen und wählen gehen.

ZERO. Tal Silberstein – der Name des Politberaters, der schon die neos und jetzt die SPÖ beraten hat, steht für die politische Unkultur schlechthin.

Fotos: Bilderbox/Markowicz/picturedesk.com

BFI DER AK VORARLBERG FEIERT FEST MIT SEINEN KURSLEITERN

Foto: Jürgen Gorbach / AK

Dankeschön. Mit kulinarischen Köstlichkeiten, einer Live-Cooking-Show (im Bild Hermann Kölly vom Eichamt Bludenz beim Nachtisch-„Kochen" mit flüssigem Stickstoff) und mitreißenden Gitarrenklängen belohnte das BFI der AK Vorarlberg seine Referenten. Geschäftsführer Marcus Mayer und sein BFI-Team bedankten sich damit für die erbrachten Leistungen und die gute Zusammenarbeit im letzten Kursjahr.

Hämmerle informiert sich bei Mersen in Hittisau

AK-Präsident stattete dem Spezialisten für Sicherheit im Strombereich einen Besuch ab und erfuhr viel über die Anforderungen des Bregenzerwälder Unternehmens.

SICHERHEIT. Bei der Firma Mersen in Hittisau beschäftigt man sich mit Sicherheit in elektrischen Systemen, wie beispielsweise in Kraftwerken, Windrädern oder auch dem deutschen Schnellzug ICE. Durch den Betrieb geführt wurde AK-Präsident **Hubert Hämmerle** von Geschäftsführer **Wolfgang Eberle** und **Kevin Nussbaumer**, dem Leiter der Qualitätskontrolle des Bregenzerwälder Unternehmens. Dabei konnte sich Hämmerle ein Bild vom breiten Leistungsspektrum des Stromspezialisten machen und kam auch mit Arbeitnehmern ins Gespräch.

Rund 180 Mitarbeiter beschäftigt Mersen in den verschiedensten Berufsbildern, darunter sind auch sechs Auszubildende.

Ein kleiner Einblick in die Mersen-Gießerei.

Alexander Schwärtzler, Franzisca Lässer, Anton Vögel und Hubert Hämmerle (von links).

Fotos: Jürgen Gorbach, AK

Hubert Hämmerle, Günther Beer, Kevin Nussbaumer, Sylvia Vögel und Annelies Decarli (von links) beim Betriebsbesuch in Hittisau.

AK-Messeauftritt

ERNÄHRUNG. Am Stand der AK Vorarlberg auf der Dornbirner Messe drehte sich alles um Ernährung und Inhaltsstoffe von Lebensmitteln. Wer es ganz genau wissen wollte, konnte sich auch von einer Diätologin gleich beraten lassen. Den Hauptpreis des AK-Gewinnspiels, ein Wellnesswochenende im Warther Hof, ergatterte Erika Metzler aus Lauterach.

Foto: Dietmar Brunner / AK

Erika Metzler strahlte bei der Preisübergabe durch AK-Präsident Hämmerle.

BETRIEBSRÄTE IN DER AK VORARLBERG

Fotos: Jürgen Gorbach, AK

Vier Betriebsräte besuchten zuletzt die AK Vorarlberg. Die Betriebsratskörperschaften der bischöflichen Finanzkammer, des Krankenhaus Dornbirn, der Sozialversicherung der gewerblichen Wirtschaft und der Messe Dornbirn machten sich über Aufgabe und Serviceangebot der Arbeitnehmervertretung schlau.